

W o r t p r o t o k o l l *)

zu TOP 1 der 40. Sitzung

der Kommission zur Wahrnehmung
der Belange der Kinder

Mittwoch, 21. März 2012, 15.00 Uhr
Berlin, PLH (Paul-Löbe-Haus), Raum 2.200

Vorsitz: Abg. Nicole Bracht-Bendt (FDP)

Öffentliches Expertengespräch
zum Thema
„Mehr altersgerechte Aktionsflächen“

*) redaktionell überarbeitete Tonaufzeichnung

Inhalt	Seite
Anwesenheitslisten	3
Liste der Sachverständigen	7
Sprechregister	8
Wortprotokoll	9

011

Tagungsbüro




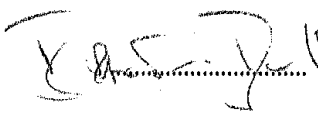

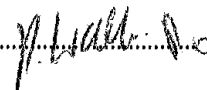
Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Nr. 13 (Kinderkommission)

Mittwoch, 21. März 2012, 15:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Schön (St. Wendel), Nadine
SPD Rupprecht (Tuchenbach), Marlene	SPD Özoguz, Aydan
FDP Bracht-Bendt, Nicole		FDP Gruß, Miriam
DIE LINKE. Golze, Diana		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn
BÜ90/GR Walter-Rosenheimer, Beate		BÜ90/GR Deligöz, Ekin

off

Kinderkommission (13)

Mittwoch, 21. März 2012, 15:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

.....

SPD

.....

FDP

.....

DIE LINKE.

.....

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

.....

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

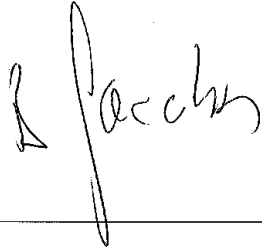


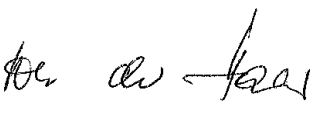
Marc Köster

B 9 0



.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Mehr altersgerechte Aktionsflächen“
Mittwoch, 21. März 2012, 15.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Bernd Jacobs Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover	
Nils Kreß Kongress der Kinderrechte	
Thorsten Krüger Bürgermeister Stadt Langen	
Dr. Regine von der Haar GALK e. V. Arbeitskreis „Spielen in der Stadt“	

Liste der Sachverständigen

Bernd Jacobs

Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover

Nils Kreß

Kongress der Kinderrechte

Thorsten Krüger

Bürgermeister Stadt Langen

Dr. Regine von der Haar

GALK e. V. Arbeitskreis „Spielen in der Stadt“

Sprechregister

Kinderkommission

Seite

Vorsitzende Nicole Bracht-Bendt (FDP)	9, 16, 18, 21, 25, 36, 38, 39, 41, 44, 47,
Eckhard Pols (CDU/CSU)	31
Diana Golze (DIE LINKE.)	26, 33, 39
Beate Walter-Rosenheimer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 33

Sachverständige

Bernd Jacobs	12, 28, 38, 40, 47
Nils Kreß	17, 27, 33, 46
Thorsten Krüger	18, 30, 32, 34, 46
Dr. Regine von der Haar	21, 36, 44, 45

Bundesregierung

Stephanie Haury (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.	42
---	----

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Vorsitzende: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Nils. Ich begrüße Sie heute alle ganz herzlich zur 40. Sitzung der Kinderkommission. Ich freue mich, dass wieder einmal eine Sitzung der Kinderkommission stattfinden kann. Normalerweise trage ich immer ein Gedicht zum Ende der Sitzung vor. Da heute Frühlingsanfang ist, werde ich das zu Beginn machen, weil uns damit ein bisschen leichter ums Herz wird. Ein Gedicht, das Ihnen sicherlich allen bekannt ist, und zwar von Eduard Mörike:

Er ist's

Frühling lässt sein blaues Band
Wieder flattern durch die Lüfte
Süße, wohlbekannte Düfte
Streifen ahnungsvoll das Land.
Veilchen träumen schon,
Wollen balde kommen
Horch, von fern ein leiser Harfenton!
Frühling, ja du bist's!
Dich hab ich vernommen!

So, das wäre der Auftakt. Sehen Sie es mir nach, aber ich finde, das macht das Arbeiten ein bisschen leichter.

Am 7. März war ich anlässlich des Weltfrauentages zusammen mit der Familienministerin Schröder und anderen Abgeordneten in Tunis. Daher konnte keine Sitzung durchgeführt werden. Die Sitzung am 29. Februar musste entfallen, da ich mich in dieser Woche mit einer Delegation des Familienausschusses zur Sitzung der UN-Frauenrechtskommission in New York aufgehalten habe. Das war eine sehr wichtige und nützliche Delegationsreise allein schon deshalb, weil ich dort die Gelegenheit wahrnehmen konnte, unsere roten Hände aus der Aktion am 8. Februar der Sonderbeauftragten der UN für Kinder und bewaffnete Konflikte persönlich zu übergeben. Unsere Handabdrücke wurden dort sehr herzlich angenommen. Dabei wurde die Bitte an mich herangetragen, doch dazu beizutragen, dass auch in anderen Ländern

entsprechende Aktionen zum Red Hand Day durchgeführt werden. Dem werde ich gerne nachkommen. Da bitte ich auch Sie, die Kollegen Abgeordneten, vielleicht andere Länder anzuschreiben und aufzufordern, daran teilzunehmen.

In unserem heutigen Expertengespräch, zu dem ich auch die Öffentlichkeit ganz herzlich begrüße, geht es allerdings um ein anderes, sehr viel positiveres Thema. Heute beginnen wir meinen 3. Themenkomplex – „Jugendliche in der Freizeit“. Hierzu werden wir heute und in der nächsten Woche jeweils ein öffentliches Expertengespräch durchführen.

Das heutige Thema lautet unter TOP 1: „Mehr altersgerechte freie Aktionsflächen“.

Hierzu begrüße ich unsere Sachverständigen ganz herzlich. In der alphabetischen Reihenfolge begrüße ich als ersten Herrn Bernd Jacobs vom Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover.

Ganz besonders freue ich mich, Nils Kreß begrüßen zu können. Wir kennen uns ja schon aus einem Gespräch, das wir mit dir und deiner Gruppe vom 1. Kongress der Kinderrechte am 30. November 2011 führen konnten. Du hattest dort das Thema Spiel und Freizeit übernommen und daher war mir die Idee gekommen, dich zu diesem Gespräch einzuladen. Schön, dass das geklappt hat und du kommen konntest. Es bedeutet für dich ja auch einen Tag schulfrei.

Als nächsten Sachverständigen begrüße ich Herrn Thorsten Krüger, Bürgermeister der Stadt Langen. Sie hatten sich im letzten Jahr mit der Bitte an uns gewandt, uns den Entwurf eines Spielraumgesetzes für das Land Niedersachsen vorstellen zu dürfen. Diese Gelegenheit bieten wir Ihnen heute.

Last but not least begrüße ich heute die einzige Frau in unserer Expertengruppe – Frau Dr. Regine von der Haar. Sie sind Vizepräsidentin der Deutschen Gartenamtsleiterkonferenz und dort Leiterin des Arbeitskreises „Spielen in der Stadt“. Genau das ist unser Thema in der heutigen Sitzung.

Da mir wichtig ist, dass auch die zuständigen Bundesministerien vom Sachverstand unserer Sachverständigen profitieren können, habe ich VertreterInnen des Bundesfamilienministeriums und des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eingeladen. Für das Bundesfamilienministerium darf ich Frau Dr. Plück

begrüßen und für das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Frau Stephanie Haury vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Jetzt möchte ich Ihnen meine Kolleginnen und den Kollegen, der jetzt gerade eingetroffen ist, der Kinderkommission vorstellen: Neben mir sitzt an sich Frau Rupprecht von der SPD-Fraktion. Sie ist leider heute krankheitsbedingt nicht anwesend. Dann kommt Frau Golze von der Fraktion der Linken. Anschließend kommt Frau Walter-Rosenheimer, sie ist das neue Mitglied bei uns in der Kinderkommission von Bündnis 90/Die Grünen. Vorher saß dort ein zweiter Herr. Am Ende der Runde befindet sich mein Kollege von der CDU/CSU-Fraktion, Eckhard Pols.

Ich möchte Sie, liebe Sachverständige, noch davon in Kenntnis setzen, dass das Gespräch aufgezeichnet wird. Es wird ein Wortprotokoll gefertigt werden, das ins Internet gestellt wird. Ich muss Sie jetzt fragen, ob Sie damit auch einverstanden sind? Okay. Gut, sehr schön.

Jetzt sind alle Formalien erledigt und wir können mit unserem Expertengespräch beginnen. Unser Thema lautet heute wie schon gesagt: „Mehr altersgerechte freie Aktionsflächen“. Ich habe dieses Thema gewählt, weil ich bei mir vor Ort festgestellt habe, dass es Jugendlichen an altersgerechten Angeboten und Freiflächen zur Freizeitgestaltung ohne fest organisierten Rahmen mangelt. Mit Freiflächen meine ich Bolzplätze, Skaterbahnen, aber auch Parks und sonstige öffentliche Plätze. Freiräume sind für Jugendliche in vielfacher Hinsicht von Bedeutung: als Spiel-, Erlebnis- und Aufenthaltsräume, Orte der Bewegung und Begegnung. Gleichzeitig sehe ich, dass die Präsenz von Jugendlichen in öffentlichen Räumen zunehmend weniger toleriert wird. Deshalb ist es wichtig, ihnen altersgerechte Freiräume anzubieten. Das ist – neben passenden Angeboten für Kinder – ein nicht zu vernachlässigender Bestandteil einer familienfreundlichen Gestaltung von Kommunen. Passende Lösungen müssen vor Ort in Städten und Gemeinden – am besten im Dialog – gefunden werden. Bei unserer heutigen Diskussion stehen verschiedene Aspekte im Mittelpunkt. Wie sehen jugendgerechte Freiflächen/Freiräume aus und wie können sie entstehen? Was sind die besonderen Interessen und Wünsche der Jugendlichen? Wie kann und muss Politik und Verwaltung die Interessen der Jugendlichen einbezie-

hen? Wie können wir erreichen, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Planung von Aktionsflächen fest verankert wird?

Zum Einstieg in das Gespräch möchte ich Sie, liebe Sachverständige, bitten, Ihre Statements zu unserem Thema abzugeben. Dich, Nils, würde ich bitten, deinen Redebeitrag vom 30. November 2011 zu wiederholen – oder wenn du einen neuen hast, dann ist das auch in Ordnung –, damit alle wissen, womit ihr euch auf dem Kinderrechtekongress zu diesem Thema befasst habt. Wir beginnen entsprechend dem Alphabet mit Herrn Bernd Jacobs vom Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover, bitteschön.

Herr **Bernd Jacobs** (Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover): Ich habe eine kleine Power-Point-Präsentation mitgebracht, um gerade zu dem Thema, das Sie angeschnitten haben – altersgerechte Spielflächen –, einen visuellen Eindruck zu vermitteln. Ich werde mich bemühen, bei meinem Vortrag die fünf Minuten einzuhalten. Das wird allerdings etwas schwierig sein – bitte zwischendurch die rote Karte zeigen, wenn ich ein bisschen Gas geben soll.

Die Landeshauptstadt Hannover, der Fachbereich Jugend und Familie, hat die Entwicklung eines neuen Rahmenkonzeptes für die Kinder- und Jugendarbeit zum Anlass genommen, eine integrierte Stadtentwicklungsstrategie fachbereichs- und ressortübergreifend zu initiieren. Ein wichtiger Aspekt bei dem neuen Rahmenkonzept der Kinder- und Jugendarbeit spielt der Sozialraum, aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit, mehr Präsenz auch von Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil, um dort Kinder und Jugendliche gezielt anzusprechen. Parallel zu dieser Strategie wollen wir gemeinsam mit anderen Ressorts öffentliche Räume planen, damit wir jugendliches Potential und Kreativität nutzen können und Jugendliche nicht immer nur als Problemgruppe im öffentlichen Raum sehen. Denn es kommt immer häufiger vor, dass es, sobald sich mehr als fünf Jugendliche an einem Platz treffen, die Meldung beim Jugendschutz oder der Polizei gibt: „Sie müssen unbedingt kommen, hier sind Jugendliche!“ Wenn man dann fragt: „Was machen die da?“, lautet die Antwort: „Die sind da!“. Es besteht also zunächst das Bild – das Sie auch gerade in Ihrem Eingangsstatement erwähnten –, dass Jugendliche im öffentlichen Raum ein Problem

darstellen. Wir wollen anfangen, gemeinsam mit den anderen Fachbereichen, die im öffentlichen Raum und ansonsten mit Jugendlichen aktiv sind, eine neue Planungsstrategie für den öffentlichen Raum zu entwickeln, so dass bei neuen Planungen auch alle unterschiedlichen Kompetenzen genutzt werden können, um jugendgerechter planen zu können. Dabei liegt unser besonderes Gewicht darauf, das Expertenwissen von Jugendlichen zu nutzen, weil Jugendliche letztendlich wissen, was sie in ihrer Freizeit machen wollen und was sie dafür brauchen. Sie können daher auch der Stadtverwaltung und den Planern das Gefühl dafür vermitteln, wo passgenaue Angebote anzusiedeln sind. Wir haben dazu gesagt, dass wir uns für die Entwicklung einer neuen Strategie nicht das ganze Stadtgebiet von Hannover auswählen, sondern uns auf einen Raum beschränken wollen. Dafür haben wir uns die Ringlinie 100/200, die sogenannte Erlebnislinie in Hannover, ausgesucht, die einmal ringförmig um das Innenstadtgebiet herumführt – ähnlich wie die Linie 100/200 hier in Berlin. Ich glaube, das haben sich die Hannoveraner abgeschaut. Diese führt durch ganz unterschiedliche Stadtmilieus und Gebiete von sehr verdichteten, sozial angestregten Räumen bis hin zu großen Freiflächen und auch zu Räumen, wo sich Kulturstätten und große Parks befinden. Wir haben einen Partner gefunden, der uns dabei begleitet, eine neue Stadtentwicklungsstrategie zu entwickeln. Das ist das STUDIO URBANE LANDSCHAFTEN rund um Prof. Hille von Seggern, das schon zu dem Thema „Jugend im öffentlichen Raum“ sehr viel geforscht und auch publiziert hat, u. a. mit der wissenschaftlichen Arbeit „Stadtsurfer, Quartierfans & Co“. Dort ging es auch darum, Bewegungsraster für Jugendliche zu entwickeln: Wie bewegen sie sich im öffentlichen Raum? Was für Interessen haben sie? Geht es durch die ganze Stadt oder sind sie lieber im Quartier? Gemeinsam mit dem STUDIO URBANE LANDSCHAFTEN und den Fachbereichen, die sich mit Schule, Kultur, Stadtentwicklung, Grünfläche, Sport und Events beschäftigen, haben wir uns geeinigt und gesagt, dass wir das Thema jugendliche Stadtgestaltung gemeinsam angehen wollen. Genau in diese Absichtserklärung hinein ist das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit der Auslobung des Aktionsfonds „Jugend bewegt Stadt“ gekommen. Dort ging es darum, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, mit geringen Mitteln zu zeigen, was sie eigentlich im öffentlichen Raum wollen, was sie brauchen, um ihre Sport- und Spieltätigkeiten auch auszuüben – seien es mobile Skaterrampen oder anderes, um ihren Sport auszuüben. Das Charmante an diesem

Aktionsfonds war, dass das alles sehr schnell gehen sollte. Sie lachen, Frau Haury – es war eine große Herausforderung. Mit diesem Aktionsfonds sollte auch die Spontaneität der Jugendlichen genutzt werden. Von der Ausschreibung und der Bewerbung mit einer Idee bis zur Umsetzung und zur Auswertung sollte höchstens ein halbes Jahr vergehen. Das stellte die Stadtverwaltung schon vor eine große Herausforderung, weil es eine Zeit dauert bis die Stadtverwaltungsmühlen laufen. Wir haben die fachbereichsübergreifende Planung aber innerhalb von vier Monaten von der Ausschreibung bis zur Durchführung geschafft. Das besonders Tolle für die Jugendlichen lag darin, dass sie ihre Ideen ganz formlos dargelegt haben – ob als Zeichnung oder als Dreizeiler. Wir haben nachgefragt, wenn wir etwas nicht verstanden haben. Wir haben gemeinsam mit der Politik – also dem Jugendhilfeausschuss – die Ideen ausgewählt und gesagt, wieviel Geld man ungefähr dafür veranschlagen kann. Direkt danach haben die Jugendlichen Bescheid erhalten: „Euer Antrag wurde ausgewählt, ihr kriegt zwischen 500 und 2.000 Euro, ihr könnt loslegen.“ Dazu wurden ihnen Paten aus der Stadtverwaltung an die Seite gestellt, die darauf geachtet haben, dass auch grundsätzliche Regeln der Gestaltungskunst eingehalten werden und das Ganze auch gut umsetzbar ist. Wir haben vorher mit Flyern übers Internet dafür geworben, dass Jugendliche ihre Ideen einreichen. Dabei haben wir festgestellt, dass dieser Aktionsfonds ein tolles Erprobungsfeld für unsere gesamte Planungsstrategie – die wir verändern wollen – und auch für die Konzeptstudie ist, weil wir direkt mit fremden Geld planen konnten. Oftmals ist es ja schwierig, für solche Aktionen Geld aus den Fachbereichen herauszulösen. Wir haben vom Ministerium „Spielgeld“ bekommen – 25.000 Euro –, so dass eine große Hürde genommen wurde und wir gemeinsam mit den unterschiedlichen Fachbereichen und den Jugendlichen planen konnten. Dabei ist es ganz wichtig, dass es schnell und unkompliziert geht. Jugendliche wollen schnell ein Ergebnis sehen. Auch ist ihnen daran gelegen, wenn es nicht klappt, schnell ein „Nein“ zu bekommen, denn dann kommt direkt die nächste Idee, die vielleicht ein Treffer ist. Sehr wichtig ist also, schnell zu reagieren, schnell umzusetzen sowie sich die Zeit zu nehmen, zu verstehen, was die Kinder und Jugendlichen eigentlich wollen, denn es ist eine große Herausforderung zu erkennen, wo eigentlich der Kernpunkt ihres Interesses liegt. Das Ganze als dialogischen Beteiligungsprozess zu sehen, ist eine große Herausforderung auch für eine Stadtverwaltung, weil die unterschiedlichen Fachbereiche und Ressorts „Beteiligung“ sehr un-

terschiedlich auffassen. Bei den einen ist es ein Gespräch – wir sind aus dem Fachbereich Jugend und Familie und gehen davon aus, dass es ein dialogischer Prozess sein muss, der immer wieder rückgekoppelt wird, in dem man im Prinzip das Expertenwissen der Jugendlichen auch anerkennt.

Im Hintergrund sehen Sie ein paar Bilder vom Aktionsfonds „Jugend bewegt Stadt“ von unserem Ringlinientag. Parcoursportler haben Sachen aufgebaut, BMXer haben eine Rampe gebaut. Andere Jugendliche wollten auf einem stark frequentierten Bolzplatz ein Flutlicht haben, damit sie da auch abends spielen können und nicht mehr im Wohngebiet, wo es nur eine normale Straßenbeleuchtung gibt und es immer Probleme mit dem Spielen gegeben hat. Skater haben sich ein sogenanntes Manuel Pad gebaut, das man überall wieder aufbauen kann. Das sind größtenteils temporäre Sachen, die wir mit den Jugendlichen bzw. die die Jugendlichen entwickelt haben, die mittlerweile auch – es ist ja nun zwei Jahre her – immer wieder auf öffentlichen Plätzen zu sehen sind. Die Jugendlichen bekommen öffentliche Räume zur Verfügung gestellt, wo sie das Ganze durchführen können. Sehr wichtig ist, dass man als Stadtverwaltung dieses Expertenwissen anerkennt und auch sieht, dass Jugendliche sehr klar formulieren können, was sie wollen und dass es nicht unbedingt uns Erwachsenen gefallen muss, denn die jugendlichen Nutzer müssen es umsetzen, sie müssen es nutzen und da ist es ohne Bedeutung, ob es uns Erwachsenen gefällt oder nicht. Noch ein paar Bilder von den Parcoursportlern, die regelmäßig ihre gebauten Sachen nutzen. Zu diesen Events kommen Jugendliche aus ganz Deutschland, um sich das anzuschauen. Als nächstes sehen wir einen Skaterplatz, der von Jugendlichen selbst gebaut wurde. Diese Skatergruppe, die wir durch den Aktionsfonds kennengelernt haben, hat mittlerweile mit unserer Unterstützung einen Verein gegründet, von der METRO AG kostenfrei ein Gelände gepachtet und baut sich dort selbst ihre eigene Skateranlage. Wirklich großartig, was sie alles können. Sie werden immer professioneller, so dass jetzt zwei von ihnen angefangen haben, sich selbstständig zu machen und mittlerweile unter anderem in Zusammenarbeit mit der Stadt Hannover auch einen öffentlichen Skaterplatz erstellen.

In Hannover ist Stand der Dinge, dass wir diese Konzeptstudie, die Ihnen auch vorliegt, geschrieben haben. Mittlerweile haben mit den unterschiedlichen Fachbe-

reichsleiterinnen und Fachbereichsleitern erste Workshops stattgefunden. Wir werden als Ziel weiter daran arbeiten, mit städtischen Mitteln einen Aktionsfonds aufzulegen, damit wieder Impulsprojekte stattfinden können. Wir wollen schauen, dass wir Trendsportler mit Vereinen zusammenbringen, weil wir gerade im Vereinsgeländebereich sehr viele Brachflächen haben. Ein Stichwort dazu sind Tennisplätze, die in den 80er Jahren während des Tennisbooms verstärkt gebaut wurden, die jetzt brach liegen und die die Trendsportvereine nicht besonders attraktiv finden. Da wollen wir schauen, wie wir eventuell mit Zwischennutzungen auf Brachflächen Vereine und Trendsportler zusammenbringen können, so dass sie sich beschnuppern und sehen können, ob sie nach dieser Zwischennutzung einen gemeinsamen Weg weitergehen oder auch nicht. Parallel dazu läuft „Jugend bewegt Stadt“ in Hannover sehr erfolgreich weiter. Wir haben durch das Projekt sehr viel Öffentlichkeit erhalten. Vor einem Jahr sprach mich eine Parkhausbetreibergesellschaft an und sagte: „Sie haben doch „Jugend bewegt Stadt“ gemacht. Bei uns im Parkhaus fahren die Jugendlichen mit ihren Skateboards immer diese Spindeln herunter. Das geht ja gar nicht, denn es ist total gefährlich – aber wir finden es eigentlich klasse und würden ein Parkhaus eine ganze Nacht zur Verfügung stellen, damit die Jugendlichen dort machen können, was sie wollen.“ Vor zwei Wochen haben wir es dann geschafft, mit einem Genehmigungsverfahren einen sogenannten Parkhaus-Jam zu veranstalten – Inlineskater, Skateboardfahrer, BMX-Fahrer, Parcoursportler, Jump- and Shuffle-Tänzer und Amateurmusiker aus Jugendeinrichtungen haben im Parkhaus gespielt. Das war eine wunderbare, friedliche Veranstaltung. Die Szenegruppen sind sich untereinander auch nahegekommen, haben gegenseitig ihre eigenen obstacles – wie sie ihre Elemente nennen – ausprobiert. Das war eine tolle Sache und die Parkhausgesellschaft war zufrieden. Sie nutzte damit auch die Community, um zu sagen: „Leute, ihr dürft das jetzt auch häufiger machen – aber bitte nicht im normalen Betrieb.“ So werden die Jugendlichen auch als Multiplikatoren genutzt, um über positive Verstärkung und nicht über Verbote etwas zu erreichen. Soweit dazu, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit – und habe zu lange gesprochen.

Vorsitzende: So, jetzt hat Nils das Wort, bitte.

Herr **Nils Kreß** (Kongress der Kinderrechte): Ich danke Ihnen, dass ich eingeladen worden bin. Ich bin 13 Jahre alt und komme aus Ahrensburg, das liegt bei Hamburg. Ich war auf dem ersten Kongress für Kinderrechte und werde die Ergebnisse vom ersten Teil und die Forderungen, die wir entwickelt haben, vorstellen. Die Arbeitsgruppe von Freizeit, Spiel und Spielplätze hat sich mit der Ausstattung, Sicherheit, Sauberkeit und der Atmosphäre der Spielplätze beschäftigt und auch Lösungswege entwickelt. Wir haben einige Probleme gefunden, die an Spielplätzen häufiger vorkommen. Wir haben geschaut, welche Mängel es an Spielplätzen gibt, die man ändern muss. So gibt es z. B. oft keine Toiletten in der Nähe des Spielplatzes, so dass man häufig lange Wege zu Fuß zurücklegen muss, bis man zu einer öffentlichen Toilette kommt.

Jetzt stelle ich ein paar Lösungsideen vor: Die Atmosphäre eines Spielplatzes muss so sein, dass die Kinder den Spielplatz annehmen, dass viele Bäume da sind und dass alles sauber ist, dass es Mülleimer und Grünflächen mit Spielgeräten gibt. Zur Ausstattung sollte ein kleiner Kiosk gehören, falls man auf dem Spielplatz Hunger bekommt und man nicht nach Hause gehen oder weit laufen muss, bis man zum Laden kommt. Die Spielgeräte sollten nicht kaputt sein. Zur Sicherheit sollte es regelmäßige Kontrollen der Spielgeräte geben, da bei beschädigten Spielgeräten eine höhere Verletzungsgefahr besteht. Die Atmosphäre eines Spielplatzes wurde als sehr wichtig eingeschätzt, denn wenn ein Spielplatz an einer stark befahrenen Straße liegt, wird er von Kindern nicht gut angenommen. Es muss deshalb viele Grünflächen geben. Er muss sauber sein, deswegen muss es Mülleimer geben.

Der Spielplatz muss in einem interaktiven Prozess entstehen, ansonsten wird der Spielplatz nicht richtig angenommen: während sich die Kinder mit dem Spaßfaktor beschäftigen, sollten sich die Erwachsenen eher um die Sicherheit kümmern, weil die Kinder nicht den gesamten Spielplatz gestalten können. Denn sie schlagen auch unrealistische Sachen vor, daher müssen ein paar Erwachsene dabei sein, aber der Spielplatz sollte hauptsächlich von Kindern gestaltet werden. In Ahrensburg, wo ich wohne, bin ich auch Mitglied im Kinderclub. Dort machen wir alle zwei Jahre eine Spielplatzbewertung. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Spielplätze, die von Kindern mitgestaltet wurden, auch die besten Spielplätze sind. Die Spielplatz-

bewertung wird von Kindern durchgeführt und diese schauen nach dem Spaßfaktor, nach der Sauberkeit und nach den Spielgeräten. In Ahrensburg wurden drei Spielplätze neu entwickelt oder komplett neu gebaut und das sind die drei besten.

Folgende Forderungen haben wir erarbeitet: eine jährliche TÜV-Prüfung der Spielplätze, Prüfer sind Kinder und auch Erwachsene; kostenlose Sanitäreinrichtungen an den Spielplätzen; kostenlose Tüten für Hundekot, weil man keine Lust hat, 50 Cent dafür zu bezahlen, dass man den Hundekot wegmacht; eine Art Hausmeister, der einmal die Woche kommt und sauber macht, am besten unter der Woche – mittwochs zum Beispiel –, damit es sauber ist. Das war es.

Vorsitzende: Danke, Nils. Es geht weiter bei Herrn Krüger.

Herr **Thorsten Krüger** (Bürgermeister Stadt Langen): Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier vorzutragen. Warum sind wir überhaupt in dieses Thema eingestiegen? In unserer Stadt war es so, dass die Spielplätze nicht mehr angenommen wurden. Es gab andere Wünsche, wie z. B. eine Skateranlage, aber die Anwohner haben gesagt: „Bei uns aber nicht!“ Jugendräume waren auch modernisierungsbedürftig. Wir hatten einen Zustand, in dem im Grunde genommen dieses altersgerechte Spielen und das sich Ausleben nicht mehr möglich waren. Man nutzte den öffentlichen Raum, indem man ihn mit Autoreifen polsterte, um dort zu sitzen. In Einkaufszentren oder Einkaufsbereichen benutzte man die Bänke zum Chillen. Das rief selbstverständlich den Unmut anderer sowie einen schlechten Ruf unseres Jugendzentrums hervor. Da sind wir auf die Idee gekommen, mit den Stadtkindern eine Spielleitplanung aufzulegen. Diese Spielleitplanung ist wie eine Bauleitplanung zu sehen. So haben wir zum Beispiel vor Kurzem ein Baugebiet neu ausgewiesen und in diesem Gebiet stand ein Baum – ein besonderer Kletterbaum –, der in diesem Spielleitplan festgelegt war. Also wurde das Baugebiet so gedreht, dass jetzt dieser Kletterbaum im Spielplatz steht. Sonst hätte es für den Investor keine Möglichkeit gegeben, dort ein Baugebiet zu erschließen. Diese Spielleitplanung hat dafür gesorgt, dass wir angefangen haben, Eltern, Omas, Opas, Kinder und Nachbarn mit einzubinden, wenn wir Spielplätze bauen. Den ersten Spielplatz, das Starterprojekt, haben wir mit den Kindern alleine gebaut. Wir haben uns auf ein Wochenende getroffen und angefangen, diese Sachen zu planen – zunächst auf der grünen Wiese:

„Hier soll das hin, jetzt zeigt uns das mal vor Ort.“ Wir haben große Zelte aufgestellt und die Kinder sind mit ihren Ideen gekommen und habe tolle Modelle gebaut. Ich fand, das waren auch realistische Ideen, wenn man die Kinder einbindet und ihnen vorher eine Stunde erklärt, was die Geräte kosten und ihnen vorher zeigt, was es bedeutet und nicht nur sagt, „fangt einfach mal an“. Nach dieser Stunde haben sie ganz vernünftige Dinge gemacht. Ich wundere mich immer, was Kinder aus einem Betonrohr mit 1,40 Meter Durchmesser machen können. Das muss man sagen: Da würden wir gar nicht darauf kommen. Aus dieser Beteiligung ist natürlich immer mehr entstanden. Wir haben Förderung gesucht und haben diese Spielleitplanung ausgebaut. Wir haben dann ein Waldstück aus den Versorgungsverträgen des Wasserwerks heraus gekauft. Diese 25.000 Quadratmeter haben wir gemeinsam zum Freizeitpark entwickelt. Dort spielt jede Generation. Wir haben dort Geräte für Senioren und Kinder. Es gibt auch Aktivitäten, die unser Bürgerfonds, der von der Wirtschaft gespeist wird, unterstützt, wie z. B. das Lichterfest oder Ostereiersuchen. Dort haben sich Aktivitäten entwickelt.

Von Bedeutung ist ferner, dass wenn man die Kinder beteiligt, dass man dann einen ganz anderen Stand hat, wie der Platz geachtet wird. Bei uns gibt es z. B. eine regelmäßige Reinigung, es gibt auch Tüten für Hundekot. Es ist nicht so ein ganz großer Aufwand, obwohl die Rahmenbedingungen unserer Stadt – wir kommen aus einer strukturschwachen Region – und unsere Haushaltssituation nicht die besten sind. Aber es gibt viele Möglichkeiten. Diese Förderung ist entstanden, als wir gemeinsam mit dem örtlichen Krankenhaus, das dort in der Nähe ist und sich auch mit Behinderten beschäftigt, ein Mobilium – einen Bewegungsraum – gebaut haben, in den Kinder – nicht nur wenn sie krank sind – hinein können und dort unter ärztlicher Aufsicht sich richtig bewegen, sitzen u. ä. lernen können. Das hat unsere Wirtschaft aufgerufen, sich an solchen Projekten zu beteiligen. Darüber hinaus haben wir altersgerechte Angebote geschaffen. Auf einmal konnten wir das Jugendzentrum umbauen. Wir haben mittlerweile Angebote für das Alter von 6 bis 18 Jahren. Wir haben dort mit der Wirtschaft zusammen ein Forscherlabor einrichten können und haben einen Jugendrat gewählt. Wir haben uns gesagt, dass wir das auch verankern und sind auf die Idee gekommen – Österreich macht das bereits –, uns ein Spielraumgesetz zu überlegen. Dieses Spielraumgesetz hat das Ziel einer offenen und

kinderfreundlichen Gesellschaft. Den Kindern soll verstärkt ermöglicht werden, mit Spielen auch im Freien ihre körperlichen, geistigen und sozialen Fähigkeiten zu erproben und zu entwickeln. Wir haben richtige Experimentierstätten – Probespielplätze – geschaffen, indem wir einfach nur Holz abgekippt oder ein bisschen Sand hingebraucht haben. Das ist so gut angenommen worden, dass wir gesagt haben, jetzt müssen wir nur noch die anderen Generationen bei der Planung und Unterstützung von Ideen einbinden. Das ging soweit, dass Elternteile auch gesagt haben, wenn wir das dürfen, dann machen wir das auch selbst. Das haben wir rechtlich einbinden können. Daraus ist die Einrichtung und der Erhalt von Kinderspielräumen und Freiräumen entstanden, die nicht mehr nur Spielplätze sind. Wir haben Streifzüge durch unsere Stadt gemacht und die Kinder haben uns diesen Kletterbaum und andere Flächen gezeigt, wo sie spielen. Auf einmal hatten sie Vertrauen zu uns und sagten: „Wir zeigen euch, wo wir hingehen, wenn ihr diese Plätze nicht zerstört.“ Wir haben sie – im Gegenzug – in unseren Spielleitplan eingebunden, wir haben diesen als Ratsbeschluss richtig neben der Bauleitplanung festgelegt. Wir können nur sagen, dass das Begegnen von Jung und Alt ganz wichtig ist, alle Generationen sind mit einzubinden – „Milchzahn trifft Silberlocke“, dazwischen muss alles möglich sein. Wir sind eine Kommune und wollen keine Gesetze, die nachher noch Geld kosten. Daher haben wir gesagt, ein Spielraumgesetz muss nachher so etwas wie eine freiwillige Selbstverpflichtung sein. Wenn sich eine Kommune dafür entscheidet, dann muss sie sich gewisse Spielregeln geben. Als kommunale Vertreter haben wir gesagt, es wäre schön, wenn man das dann auch mit einem Fördertopf belegt, damit ein Anreiz da ist, daraus etwas zu machen. Wir haben festgestellt, dass es sehr viele Möglichkeiten der Förderung gibt – aber das ist nicht überall bekannt. Vielen kleinen Kommunen ist es auch nicht möglich, an diese Fördertöpfe heranzukommen. Von daher wäre es vielleicht gut, diese Fördermöglichkeit zu zentralisieren. Es hat überall Einzug gehalten: in unsere Kinderbetreuung, in unsere Grundschulen, in unsere weiterführenden Schulen, in unsere Seeparkschule für Behinderte, bis hin zur Wirtschaft, unsere Wirtschaftsförderung hat sich beteiligt – da ist wirklich ein Netzwerk entstanden. Es ist nur ein Puzzleteil. Daraus sind Ideen entstanden wie die „Stattaktie“, unser Bürgerfonds, aus dem wir die Musikschule oder andere Einrichtungen finanzieren. Eine örtliche Zeitung hat über uns geschrieben: „Wir haben die Stadt Langen AG gegründet“. Da habe ich gesagt: „Aktiengesellschaft? Nein, nein

– aktive Gemeinschaft.“ Da ist viel dran. Von daher kann ich nur sagen, dass das ein Thema sowohl für die Kinder, für die Jugendlichen, für die Eltern, aber eben auch für die Verwaltung und die Politik ist. Sie können sich dort begegnen und vielleicht auch ins Gespräch kommen. Vielen Dank.

Vorsitzende: Herzlichen Dank auch Ihnen, Herr Krüger. Bitte Frau von der Haar.

Frau **Dr. Regine von der Haar** (GALK e. V., Arbeitskreis „Spielen in der Stadt“): Ich vertrete die Verwaltung und die Grünflächenämter usw. und da muss man immer dazu sagen: „Das sind alles Planer – und Planer denken in langen Zeiträumen.“ Das ist ihr Problem, wenn es um Jugendliche geht. Denn sie denken immer daran, dass das, was sie tun, lange erhalten bleiben soll. Damit sind sie ein bisschen konträr zur Auffassung vieler Jugendlicher. Das meine ich nicht negativ, sondern damit möchte ich das unterschiedliche Denken darstellen.

Wie sieht es denn mit den Aufenthaltsflächen für Jugendliche überhaupt aus? Im Baurecht sind sie nicht speziell aufgeführt. Dort steht natürlich drin, dass Spiel- und Sportflächen usw. hergestellt werden sollen, aber es steht natürlich nicht drin, dass Spielflächen oder Spielräume usw. für Jugendliche hergestellt werden sollen. Die kleinen Kinder sind sowieso abgedeckt: die ersten 36 Monate sollen im Prinzip im häuslichen Bereich stattfinden, zwischen 36 Monaten und sechs Jahren ist es dann der etwas weitere Bereich, der Kindergarten. Danach – von sechs bis 12 Jahren – sind es die klassischen Kinderspielplätze. Das kann man noch bis zu 14 Jahren erweitern, aber danach wird das schon schwierig. Wir denken – das hört sich jetzt gemein an, ich habe Nils schon gefragt, ich hoffe, er fühlt sich nicht angegriffen –, das sind die sogenannten „Lückenkinder“, sie werden nicht erfasst. Auch das ist wieder nicht negativ gemeint.

Es gibt die DIN 18034, die sich sehr wohl mit dieser Gruppe befasst. Ich hoffe, dass einige von Ihnen diese DIN kennen – sie ist ganz frisch, derzeit im Gelbdruck. Ich darf sie haben, weil ich selbst im Normausschuss bin – die Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz ist in vielen Ausschüssen. In dieser Schrift gibt es beispielsweise auch Hinweise auf die sogenannte Kinderspielplatz-TÜV-Prüfung. Das heißt, es muss in entsprechenden Kontrollintervallen überprüft werden – einmal in der Woche muss

überprüft werden. Herr Krüger, ich hoffe, Sie machen das auch bei sich. Dann gibt es die dreimonatige Prüfung und die Einjahresprüfung. Da kann man sich sehr gut vorstellen, dass man vielleicht auch einen Jugendlichen mitnimmt. Die Jugendlichen sind sehr verständig und wissen in der Regel über ihre eigenen Plätze genau Bescheid. Das WC ist immer ein Problem – das muss ich gleich sagen –, denn es kostet sehr viel Geld. Die Forderung finde ich zwar richtig, aber es ist für uns immer ein Problem. Ich rede jetzt für die Kommunen. Hundetüten – ist eine sehr gute Idee, diese werden nur leider von vielen Mitbürgern in größeren Mengen fürs Butterbrot mitgenommen, das ist immer sehr schade. Dann die Paten, die Sauberkeit, auch eine sehr gute Idee. Das gibt es in vielen Kommunen auch schon. Ansonsten finden Sie in dieser DIN 18034 – ich sage es nur noch einmal für diejenigen, die sie vielleicht nicht so kennen – Vorschläge für Größen und für Entfernung. Frau Haury kennt sie wahrscheinlich hoch und runter. Das finde ich ganz prima, weil nämlich gerade der Bausektor mit dieser Norm nicht einverstanden ist und die letzte nicht ratifiziert hat, so dass es nur eine Norm ist, die aber im letzten Verfahren nicht anerkannt worden ist, weil – ich bitte das zu entschuldigen – die Bauleute immer sehr leicht in Dollar-Zeichen denken. Denn alle Flächen, alle Quadratmeter, die Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt werden – ich sage es wirklich extra provokant, denn wir wollen nachher ja diskutieren –, werden nicht bebaut und das Bauen ist in unserer heutigen Gesellschaft für Bauleute einfach etwas ganz Tolles.

Unverständlicher Zwischenruf

Baudezernenten, Wirtschaftförderung und Städtebauer in den Kommunen haben einfach die Aufgabe, das Bestmögliche aus ihrer Sicht zu tun und da sind Grünflächen – in welcher Form auch immer – finanziell etwas hinderlich. Das fängt ...

Unverständlicher Zwischenruf

Ja. Gut. Aber in der DIN 18034 wird auch vorgeschlagen, dass man für Jugendliche ab 12 Jahren in einem Radius von einem Kilometer – 15 Minuten zu Fuß – einen Hektar zur Verfügung stellen soll. Es wird auch vorgeschlagen, wie das Ganze zu planen ist, nämlich sehr unterschiedlich mit Räumen usw. Genau das, was Nils vor-

gestellt hat, also das deckt sich. Tatsächlich gibt es eine entsprechende, relativ gute Norm, aber sie ist nicht richtig durchsetzungsfähig – das muss man auch dazu sagen. Was denken denn die Kommunen? Die Aufenthaltsorte für Jugendliche sind gruppenspezifisch. Wir haben oft kleine Gruppen, die unterschiedliche Dinge haben wollen. Das ist für „Baumenschen“ in der Kommune sehr schwierig zu erfassen, die den Dialog mit Jugendlichen vielleicht auch gar nicht gewöhnt sind. Da sind diejenigen aus unseren Jugendämtern viel aufgeschlossener, derer sollte man sich auf jeden Fall im positiven Sinne bedienen.

Wo finden wir die Jugendlichen? Gerne dort, wo es verboten ist. Das haben wir alle gemacht, das kennen wir. Ich habe gerne auf dem Friedhof gespielt, ist auch nicht so das, was man gerne sieht, aber es war so. Es gibt viele Räume, die unglaublich attraktiv sind, die aber zunächst für Jugendliche verboten sind. Das macht es dann noch interessanter. Jugendliche wollen auf jeden Fall dort sein, wo andere sie sehen. Sie wollen gar nicht weg von den anderen, sie wollen mittendrin sein. Warum sind sie denn oft auf Kinderspielflächen, für die sie eigentlich viel zu alt sind? Weil sie sich auch zeigen wollen, sie wollen Reaktionen haben, sie wollen sich an anderen „abarbeiten“. Ich unterstelle jetzt, dass hier Mütter und Väter sind, die sich mit ihren Kindern auseinandersetzen. Das ist sehr schwer, das kostet viel Kraft, das kostet Nerven und – Entschuldigung – Kinder sind nicht immer nur bezaubernd, sie sind toll, aber es gibt auch Reaktionen, die wir vielleicht nicht haben wollen. Das müssen wir aushalten – das macht aber nicht jeder. Es gibt heutzutage genügend Eltern, die genau das nicht mehr machen wollen, die sich diesem Dialog verweigern. Dann müssen sich diese Jugendlichen den entsprechenden Dialog woanders holen. Das ist selbstverständlich, das haben wir alle gemacht, das wird aber für uns planerisch heutzutage eventuell zu einem Problem. Wenn die Jugendlichen Sport machen – das ist immer toll. Wenn man Interesse hat – Skaten, Sportverein oder ähnliches –, dann ist das für einen Planer super. Es ist einfach zu erfassen. Wenn jemand Fußballspielen möchte, dann weiß ein Planer, da muss einfach irgendwo ein Ballspielplatz her, das ist okay. Aber diese Aufenthaltswünsche von Jugendlichen sind total inhomogen. Der eine möchte dieses, der andere möchte jenes – anders als man das bei Kindern im Kindergartenalter hat. Für diese etwas zu machen, ist viel einfacher. Das soll nicht negativ sein, aber ich finde es wichtig, darauf hinzuweisen, warum es für Planer zum Teil unglaublich schwierig ist, auf solche Dinge einzugehen. Die Ju-

gendämter sind da viel flexibler und gehen da ganz anders ran. Aber die denken auch in anderen Dimensionen. Ein Bauamt würde keine Ein-Tages-Veranstaltung machen. Das ist in deren Denken eigentlich nicht drin, weil ein Bauamt dafür zuständig ist, etwas für die halbe Ewigkeit zu machen. Nachhaltig muss es sein – dafür wird Geld investiert.

Was geben wir den Jugendlichen denn für Plätze? Für Jüngere gibt es altersgerechte Angebote mit entsprechenden Risiken, das kann auch bis zum Hochseilgarten gehen, das können Skateranlagen sein, das können betreute Abenteuerspielplätze, Naturerfahrungsräume usw. sein. Aber bei älteren Jugendlichen – und diese sind nicht nur 18, sondern sie können bis zu 25 Jahre alt sein – wird es dann schon sehr schwierig. Da sind wir kommunal gesehen schon ein bisschen hilflos. Aber sie nehmen sich die Plätze und das ist auch gut so. Sie nehmen sich teilweise Kinderspielplätze. Der Vandalismus ist dort besonders hoch und – jetzt werden Sie lachen – in Kleinkinderhäuschen – warum auch immer – wird gekokelt, da wird alles mögliche drin gemacht. Statistisch gesehen werden diese Spielhäuschen, in die eigentlich gar keiner mehr mit unserer Größe hineinkommt, am meisten kaputt gemacht. Zu Sportplätzen – das ist ganz klar – gehen sie sowie zu Stadtplätzen. Ich habe mir noch etwas aufgeschrieben: Brachflächen. Brachflächen sind planerisch auch ein großes Problem, weil die Verkehrssicherungspflicht ungelöst ist und wir haben gerade von Nils zu recht gehört, dass die Plätze sauber und sicher sein sollen. Es ist aber sehr schwierig, Privaten die Last aufzubürden, eine volle Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Eine Kommune muss generell auch reagieren, denn wir wollen die Kinder und Jugendlichen schützen. Zu den Stadtplätzen: Dort haben wir die Jugendlichen, dort stehen sie in der Öffentlichkeit, wo sie eigentlich auch hingehören – wo sie aber vielleicht ein bisschen missliebig sind, denn sie wollen sich ja auch ein bisschen abarbeiten, sie wollen Reaktionen haben. Wenn man da nur diese super toleranten Erwachsenen hat, die einfach alles zulassen – das ist ja auch grauhaft. Was sollen die Jugendlichen denn nun noch alles machen? Dazu möchte ich ein gutes Beispiel schildern: Ein Kollege von mir stand jeden Morgen an einer Bushaltestelle. Ein Jugendlicher hat ihm dort immer kurz bis vor seine Schuhspitze hingespuckt – jeden Morgen. Mein Kollege hat so einen Hals gehabt! Irgendwann hat er es nicht mehr ausgehalten und dachte, es ist mir jetzt auch völlig egal und wollte es

genauso tun – er hat aber leider den Schuh des Jugendlichen erwischt. Da dachte er, was kommt jetzt für eine Reaktion? Der Jugendliche war total verdattert, dass endlich mal etwas kam. Wochenlang hatte er sich abgemüht, hatte genau gezählt und nichts passierte, weil wir alle so super tolerant sind und nichts sagen. Dann auf einmal kam die Reaktion und auf einmal war die Situation gelöst – der Jugendliche hat das nie wieder gemacht. Der Erwachsene auch nicht, er war froh, dass das glimpflich abgegangen ist. Wir alle haben als Jugendliche provoziert. Wir dürfen nicht denken, dass wir es nicht gemacht haben. Mein Bruder – heute hochdotierter Mediziner, Psychiater – lief damals mit so einer Matte an Haaren herum. Meine Mutter ist Amok gelaufen, die konnte es überhaupt nicht ertragen – das war toll. Das ist nur ein kleines Beispiel. Jeder kann nachdenken, was er alles so gemacht hat. Jeder wird irgendetwas finden – das ist alterstypisch, das muss so sein und wir müssen auch reagieren, wir dürfen nicht alles hinnehmen, das ist unfair den Jugendlichen gegenüber. Eltern dürfen sich dem nicht entziehen. Wenn sie sich dem entziehen, muss es jemand anderes ausbaden.

Fazit: Freiräume können für Jugendliche nur erfolgreich geplant werden, wenn sie mit in den Prozess einbezogen werden. Das steht übrigens erstaunlicherweise auch in der DIN. Diese Freiräume sind – und damit muss man sich abfinden, wenn man aus einer Kommune kommt – teilweise nur kurzfristig funktionsfähig, denn sie sind modeabhängig. Was haben wir für BMX-Bahnen ausgegeben? Interessiert heute nur noch eine sehr kleine Gruppe. Aber das ist so. Die Flächen müssen dort liegen, wo man sie in der Regel nicht haben will, und zwar mittendrin. Nicht diese Naturersatzflächen, die wir alle billig erhalten, weil sie sowieso ausgewiesen werden müssen, sondern genau dort, wo die anderen auch sind, wo die Begehrlichkeiten um Land auch am größten sind. Es geht nicht, dass wir Jugendliche hinaustreiben – das funktioniert auch nicht. Das bedeutet zunächst, dass die Bedürfnisse von Jugendlichen nicht so recht in eine kommunale Planung passen. Das war mein etwas gemeines und provokantes Statement zu diesem Thema.

Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank, Frau von der Haar. Jetzt bitte ich meine Kollegen um Fragen. Frau Walter-Rosenheimer, bitte.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zunächst herzlichen Dank für Ihre Darlegungen, auch Dir, Nils. Ich habe selbst fünf Kinder im Alter zwischen 13 und 20 Jahren – das Thema betrifft sie als Jugendliche sehr stark. Ich finde auch, dass es bis zum 12. Lebensjahr eigentlich ganz gut geht, man kann die Kinder auf den Spielplatz begleiten und sie können sich dort austoben. Danach wird es richtig langweilig. Wir leben in einem kleinen Ort im S-Bahn-Bereich von München, und die Jugendlichen stehen natürlich am S-Bahnhof und am Stadtplatz. Die Jugendlichen haben eigentlich nichts zu tun und das ist ja auch ein soziales Problem. Es gibt die Jugendlichen, die in die Stadt fahren und etwas unternehmen können – sie sind im Sportverein, sie können in München in Clubs gehen etc. Es gibt aber auch die Jugendlichen, die das Geld dafür nicht haben und irgendwie übrig bleiben. Sie bleiben abends bei uns in der Stadt am Bahnhof stehen und provozieren dort – das müssen sie ja auch, das ist ja auch wichtig – mit Bierflaschen und Bierkästen usw. Jeden zweiten Tag kommt die Polizei und es wird geräumt – und dann sind sie wieder da. Das ist für diese Jugendlichen natürlich keine so wunderschöne Beschäftigung. Das war das eine – ich wollte nur bestätigen, dass es auch wirklich so ist. Als zweites wollte ich sagen, dass eine Entfremdung stattgefunden hat. Gerade in einer Großstadt haben wir immer weniger Kinder und Jugendliche. Bei uns gibt es viele Klagen, wenn Spielplätze gebaut werden sollen, wenn es Kinderkrippen geben soll, wenn Kindergärten in Wohngebieten aufgemacht werden – es ist ganz unglaublich, was an Feindseligkeit kommt. Niemand möchte Kinder oder Jugendliche in der Nähe haben. Darin sehe ich auch ein großes Problem, weil ich mir überlege: Wohin gehen wir? Was bieten wir an? Die Frage ist, wie man das überwinden kann. Wie kommen die Generationen zusammen? Sie haben das mit Ihrem generationenübergreifenden Freizeitpark sehr schön geschildert. Das finde ich sehr wichtig, weil die Entfremdung sehr groß ist. Danke.

Abg. **Diana Golze** (DIE LINKE.): Ich hätte eine Frage an Herrn Jacobs und Herrn Krüger. Ich würde Sie bitten, ganz an den Anfang der Geschichte, die Sie gemacht haben, zurückzudenken. Wie haben Sie es geschafft, die Kommune davon zu überzeugen, dass das, was Sie tun, richtig und wichtig ist? Als kommunale Abgeordnete ist man mit so vielen Planungen beschäftigt – wir machen eine Schulentwicklungsplanung, eine Kita-Bedarfsplanung, eine Bauplanung etc. Es gibt so viele Planungen,

aber wenn man diese aufzeichnen und als Schablonen übereinander legen würde – dann passen sie nicht. Das merkt man ganz oft. Meine Region ist sehr stark von Abwanderung betroffen. Es werden ganze Wohngebiete zurückgebaut und da befinden sich plötzlich – weil die Spielplätze stehengeblieben sind – Spielplätze am Rande der Stadt, wo aber kein Kind – wie vor 20 Jahren – mehr ist. Demgegenüber werden mitten in der Stadt irgendwelche Parkplätze errichtet, weil dort die Unternehmen ansässig sind, die Kundschaft brauchen und die Kundschaft braucht Parkplätze. Es werden also viele Planungen gemacht, die nicht passen. Wenn man aber als kindgerecht agierende Kommunalpolitikerin sagt, wir müssten das irgendwie anders machen, dann wird es ganz schwierig. Es ist so schwierig, diese verschiedenen Planungen übereinander zu bringen. Deshalb würde es mich interessieren, wie Sie es geschafft haben, in Ihren Kommunen diesen Prozess zunächst in Gang zu bringen, so dass alle Fachbereiche bereit waren, sich an den Tisch zu setzen und zu sagen: „Ja, wir versuchen jetzt eine gemeinsame Planung.“ Herr Krüger, Sie sagten ja auch, Sie haben das richtig durch Stadtratsbeschlüsse untermauert. Könnten Sie schildern, wie Sie das geschafft haben?

Nils wollte ich fragen: Kannst du dir vorstellen, wie man euch Kinder in eine Planung mit einbeziehen kann? In meiner Stadt haben wir ein Kinder- und Jugendparlament, das wunderbar aktiv ist – aber das ist ja nicht in jeder Stadt so. Es gibt unterschiedliche Städte. Hannover zum Beispiel ist viel größer als meine Heimatstadt, da wäre es schwierig, mit einer solchen Struktur zu arbeiten. Wie könnte das funktionieren? Sollte das über die Schule laufen, sollte es einen Verein geben, in dem man mitmacht? Sollt ihr irgendwo hinkommen oder müsste irgendjemand zu euch kommen? Da würden mich deine Vorschläge interessieren. Du kannst ja einen Moment nachdenken. Wir lassen zuerst die beiden Herren auf die erste Frage antworten.

Herr **Nils Kreß** (Kongress der Kinderrechte): Ich kann mir vorstellen, dass eine größere Stadt wie Hannover in Stadtkreise aufgeteilt wird. Jeden Stadtteil könnte man vierteln oder achteln und jeder dieser Unter-Stadtteile könnte ein eigenes Parlament erhalten. Bei uns läuft das so, dass wir im Kinder- und Jugendbeirat die Spielplätze planen. Dieser Beirat geht dann in die Schulen und macht dort Werbung. Ich selbst bin auch dadurch, dass die Jugendlichen aus diesem Beirat in meine Schule gekommen sind, hineingekommen – vorher wusste ich gar nicht, dass es so etwas gibt.

Ich könnte mir vorstellen, dass es funktioniert, wenn man Werbung für die Spielplätze und anderes macht und damit den Jugendlichen mehr Anreiz gibt, zu kommen. Ich könnte mir vorstellen, dass sich die Leute überlegen, das auch in einzelnen größeren und in kleineren Städten, die es noch nicht haben, zu machen. Das finde ich realistisch.

Herr **Bernd Jacobs** (Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover): Wie stellt man das an? Man muss hartnäckig sein. Meine Fachbereichsleiterin sagt immer: „Herr Jacob, Sie sind so hartnäckig.“ Ich bin Jugendbildungsbeauftragter im Fachbereich Jugend und Familie und fühle mich manchmal in dem Fachbereich auch wie ein Jugendlicher, weil ich Querschnittsaufgaben wahrzunehmen habe. Ich muss schauen, wie ich die Versäulung auch bei uns im Fachbereich aufbreche. Gerade ist es in dem Bereich ganz große Mode, sozialräumig zu denken. Die Kinder- und Jugendarbeit wird sozialräumig ausgerichtet, die erzieherischen Hilfen werden sozialräumig ausgerichtet, mit Familienzentren richtet man sich im Kita-Bereich sozialräumig aus – aber jeder macht das in seiner Säule. Das ist jetzt nur ein Beispiel für den Fachbereich Jugend und Familie. Das ist in anderen Bereichen ähnlich. Wir haben in Hannover mittlerweile eine etwas neuere Struktur. Wir haben Stadtbezirksmanager, die für jeden Stadtbezirk zuständig sind und als zentrale Ansprechpartner ressortübergreifend auf Amtsleitungs- und Abteilungsleiterenebene die Leute zu bestimmten Themen zusammenholen können. Außerdem sitzt man zu diesem Thema bereits häufiger auch auf einer Entscheiderebene zusammen. Wenn man feststellt, dass man sich gemeinsam eine ganze Menge Arbeit sparen kann und man eine positive Rückmeldung auch von Jugendlichen bekommt, dann macht eine Planung auch Spaß. Wichtig ist natürlich dabei, dass man das will, dass eine Haltung da ist und dass man innerhalb der Stadtverwaltung eine neue Struktur verankert und sagt: „Das ist unser gemeinsames Ziel, wir wollen das mit unseren Kompetenzen.“ Als wir anfangen, diese Parkhausgeschichte zu planen, war alles ganz gut und schön – bis die Bauordnung dazu kam. Diese besagt, dass dieses Haus zum Parken und nicht für Inlineskater oder Parcoursportsachen gedacht ist, dafür brauchen wir eine Nutzungsänderung. Dann ging das Ganze los mit Panikgutachten und mit Sicherung der Fluchtwege: „Sie müssen dies machen, Sie müssen das machen“. Im Rahmen von „Jugend bewegt Stadt“ haben wir gelernt, dass es nicht mehr darum geht, dass „ich“

etwas mache, sondern dass „wir“ etwas machen und wir gemeinsam planen und der Kollege von der Bauordnung die Kompetenz hat, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir diese Veranstaltung sicher durchführen. Ich aus dem Fachbereich Jugend und Familie muss als Sozialarbeiter diese DIN-Norm gar nicht kennen – aber ich habe einen Kollegen in der Bauordnung, der sie in- und auswendig kennt. Er kann mir die Anträge ausfüllen – das geht im Prinzip sehr unproblematisch und genauso muss es in anderen Fachbereichen auch funktionieren. „Umwelt und Stadtgrün“ heißt das Grünflächenamt bei uns.

Für einen „fliegenden“ Bau als Unterstand für die Jugendlichen – wo sie sich ohne pädagogische Betreuung treffen können, wo sie dann auch mal im Trockenen sitzen können, wo man aber immer nicht genau weiß, ob der Platz eigentlich der richtige ist und nicht einige Monate später schon wieder ein anderer Platz attraktiv ist – haben wir zusammen mit den Jugendlichen im Rahmen von „Jugend bewegt Stadt“ eine mobile Anlage aus Gerüstportalen, die gesprayed haben, gebaut. Dann wollte ich das Ding aufstellen. Ja, was ist es denn? Ist es ein fliegender Bau, ist es kein fliegender Bau, brauche ich dafür eine Baugenehmigung? Ich möchte es drei Monate irgendwo aufstellen, im Bebauungsplan von 1968 steht aber, dass dort eine Kita hin soll und daher kann ich es dort nicht aufbauen, denn dafür benötige ich eine Ausnahmegenehmigung. Solche Sachen sind unwahrscheinlich schwierig. Auch die Planer, die uns begleitet haben, haben versucht, mit der Stadtverwaltung eine Einigung hinzubekommen. Das hat nicht funktioniert. Intern haben wir es dann geschafft, dass die Kollegen dort gemerkt haben, das ist unser Projekt, wir wollen das, wir wollen das umsetzen. Sie haben dann ihre Kompetenz eingesetzt und die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir dieses Gerät dort aufstellen konnten, denn letztendlich lag alles, was die statische Berechnung usw. angeht, vor. Ich habe nicht die Kompetenz dafür, ich habe aber den Kontakt zu den Jugendlichen und kann deren Knowhow und Expertenwissen in die Runde einbringen. Ich erwarte mittlerweile von den Kollegen in den Fachämtern, dass sie nicht sagen, wie ich etwas zu machen habe, sondern dass wir es gemeinsam machen. Diesen Paradigmenwechsel zu bewirken, bedeutet viel Arbeit, aber es funktioniert so langsam aber sicher, weil die Kollegen merken, dass sie im Dialog mit Jugendlichen etwas dazulernen und es auch Spaß macht.

Herr **Thorsten Krüger** (Bürgermeister Stadt Langen): Ich hatte es etwas einfacher, ich konnte glücklicherweise Strukturen verändern. Es ist wirklich häufig so, dass manche Ämter nicht miteinander sprechen – nicht, weil sie es nicht wollten, sondern weil das Alltagsgeschäft von ihnen viel abverlangt. Wenn dann – wie bei mir – auf einem Tisch vieles zusammenläuft und man die Planung nebeneinander oder – wie Sie sagten – aufeinander legt, dann fragt man sich: Was habe ich da eigentlich? Diese Nacharbeiten haben wir in Dienstbesprechungen gemacht und gefragt: „Überlegt euch mal, was uns das kostet, können wir nicht vorher anfangen?“ So haben wir das Stück für Stück verändert. Dann sind diese neuen Projekte gekommen und wir haben uns das nicht an den alten, sondern an den neuen Projekten zusammen erarbeitet, so dass es heute einfacher ist, auch die alten Dinge umzustellen. Ich behaupte ja immer in ketzerischer Weise, die Entbürokratisierung in Deutschland klappt deswegen nicht, weil es für jede Verordnung irgendjemanden gibt, der an ihr hängt und sagt: die ist wichtig, weil ich sie geschrieben habe oder weil ich sie kenne. Das ist das große Problem in der Verwaltung. Manche Verwaltungen sind ganz klein und es gibt nur ein paar Leute, die viele Aufgabe haben. Es gibt große Städte mit richtigen Abteilungen. Wir sind eine mittlere Stadt, da sprechen und sehen sich die Leute auf dem Flur. Aber es gibt auch große Gebäude, in denen man sich nicht trifft und man geht nicht zu den Kollegen, weil das Alltagsgeschäft viel abverlangt. Da mussten Strukturen geschaffen werden, damit man regelmäßig miteinander spricht. Wir haben uns paar Regeln gegeben, diese ist die erste: „Geht nicht – gibt’s nicht!“...

Unverständlicher Zwischenruf

Ja. Ich bin in den ersten Monaten eine halbe Stunde später zur Dienstbesprechung gekommen, dann habe ich gesagt: „So, jetzt habt ihr eine ganze Zeit darüber gesprochen, wie es nicht geht – jetzt sprechen wir darüber, wie es geht.“ Die Kollegen fühlten sich zu Anfang leicht veräppelt, aber nachher haben sie verstanden, dass wir einfach nach Lösungen suchen und dass es in Deutschland genügend Möglichkeiten gibt, das auch rechtlich abzusichern. Wir hören auch immer die Sprüche: „Geld haben wir nicht“ oder „das Recht sagt...“. Geld hatten wir nie und das Recht gab es immer und trotzdem stehen in Deutschland ganz viele Dinge. Wenn man sich das mal vor Augen hält, dann ist vieles möglich – aber man muss sie vorne abholen.

Man kann nicht hingehen und das einfach überstülpen, sondern man muss sie vorne abholen und alle zusammenbringen. Man muss auch verstehen, dass der eine an seiner Bauordnung, der andere an seiner Versicherung und der andere wiederum an seiner Fachaufgabe, etwas für die Jugendlichen zu machen, hängt. Das klappt hervorragend. Bei uns ist das heute so, dass wir uns einmal im Monat treffen und alle, die wichtig sind, kommen alle halbe Jahre zusammen, um dann auch wirklich neue Ideen gemeinsam zu entwickeln und Projekte umzusetzen.

Abg. **Eckhard Pöls** (CDU/CSU): Von meiner Seite zunächst herzlichen Dank, dass Sie heute hier sind und Ihre Auffassungen so eindrucksvoll geschildert haben. Vielleicht auch noch einen Dank an die Frau Vorsitzende, dass sie dieses Thema heute hier auf den Tisch gebracht hat. Aktionsflächen im Freiraum sind ja eigentlich nichts Neues. Ich kenne das aus meiner Kommune, aus der Stadt Lüneburg, dort gibt es das schon seit 30 Jahren. Das fing mit Aktivspielplätzen für die Kinder und Jugendlichen an, die ihren Raum dort selbst gestalten konnten. Welches Land ist das eigentlich, wo Sie herkommen? Langen bei Bremerhaven. Das habe ich mir gedacht. Damit will ich sagen, dass Sie einer sehr modernen Kommune angehören, die die Zeit erkannt hat, denn eine Kommune muss ja auch attraktiv für Neubürger bleiben. Zu der Ausweisung Ihres Neubaugebietes, das Sie praktisch mit dem Baum in der Mitte, um den herum das Neubaugebiet gebildet wurde, angefangen haben, hätte ich noch eine Frage. In diesen sehr attraktiven Freiraum für altersgerechte Aktionsflächen beziehen Sie nicht nur Kinder und Jugendliche ein, sondern es ist ein Mehrgenerationenspielplatz, wo sich Eltern oder auch Großeltern treffen und sich dann nicht einfach nur auf die Parkbank setzen und die Kinder und Jugendlichen dort spielen lassen, sondern selbst aktiv werden. Das ist ja der Hintergrund dieser Mehrgenerationenspielplätze, wo sich auch Großeltern mit ihren Enkeln bewegen können bzw. spielerisch zusammenkommen und die sich vielleicht auch als Bürgertreffpunkte zur Verständigung zwischen den Bürgern in einem Wohngebiet herausbilden. Meine Frage bezieht sich auf die Finanzierung: Ist der Investor dieses Baugebietes mit einbezogen worden? Wird das dann auf die Grundstückspreise umgelegt oder wie haben Sie das gehandhabt? Weil Sie ja sagten, Sie hätten auch Sponsoren aus der Wirtschaft gefunden. Wie läuft so ein Verfahren eigentlich bei Ihnen ab?

Herr **Thorsten Krüger** (Bürgermeister Stadt Langen): Bei den Baugebieten verfahren wir mittlerweile so, dass wir uns als Kommune komplett heraushalten und sagen, ihr übergebt uns das nachher fertig mit allem Drum und Dran. Diesen Freizeitpark hat die Stadt mit Fördermitteln über Europa finanziert und das Beleben, die Aktivitäten machen wir über unseren Bürgerfonds. Dieser Bürgerfonds ist ein Zusammenschluss vieler Privater oder auch Firmen, die jährlich dort die Summe hineingeben, die sie möchten. Die Summe bestimmen sie also selbst. Mit dem Geld finanzieren wir die Aktivitäten, die wir ansonsten nicht bewerkstelligen könnten. Zum Beispiel veranstalten wir im Friedrichsruh an der Wendeschleife viermal im Sommer für die Senioren ein Cafe. Wir haben dort Seniorenspielgeräte und Aktivflächen aufgebaut. Das konnten wir mit Fördermitteln realisieren. Förderung zu erhalten, ist sehr schwierig. Man wollte uns schon ablehnen, weil wir nur 400.000 Euro haben wollten – das ist viel zu wenig. Daraus haben wir gelernt, die Dinge dichter beieinander zu legen. Dieser Freizeitpark liegt zwischen mehreren Baugebieten, weil auch der ÖPNV heute nicht mehr die Möglichkeiten bietet, dass man jederzeit überall hinkommen kann. Man muss es gut trennen: Wir haben Fördermittel eingeworben, den Park haben wir selbst gemacht und das andere muss komplett der Investor übernehmen. Auch wenn wir nach unserer Bauleitplanung bestimmen, was er vorlegen muss – das sind alles seine Kosten, da halten wir uns komplett heraus. Wir können im Moment beruhigt sein, denn dort, wo wir das so gemacht haben, hat derselbe Investor das zweite Baugebiet übernommen, weil er innerhalb von ganz kurzer Zeit die Baugrundstücke verkauft hat. Wir sind eine von den wenigen Kommunen, die seit ungefähr sechs, sieben Jahren die Einwohnerzahl konstant hält. Wir sind also nicht im Niedergang, obwohl wir auch einen hohen Anteil an Senioreneinrichtungen haben. Wir haben mittlerweile unsere Geburtenzahl verdoppelt. Wir haben jetzt knapp 19.000 Einwohner, demnächst – wenn wir fusioniert haben – 31.000.

Unverständlicher Zwischenruf

Genau. Ja, aber das hat die Fusion ein bisschen schwieriger gemacht. Da schauten ja dann alle hin.

Abg. **Beate Walter-Rosenheimer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nils, weil du schon hier bist, habe ich eine Frage an dich. Wie kam es, dass du dich engagiert hast? Was waren deine Beweggründe und was hält dich bei der Stange? Was war dein Erfolgserlebnis, so dass du sagst: „Ich sitze jetzt hier und spreche hier und mache immer noch weiter“. Denn ich bin auch Kommunalpolitikerin und bei uns gab es auch Beteiligungen von Kindern und Jugendlichen. Diese saßen dann einige Tage zusammen, haben sich sehr viel überlegt und viele Konzepte entwickelt – und dann war das Geld nicht da. Die Kommunen haben ja immer weniger Geld, die Stadt konnte fast gar nichts davon bezahlen – da waren sie sehr enttäuscht. Als jetzt nach zwei Jahren nachgefragt wurde, ob sie sich wieder treffen wollen, wollte fast niemand mehr, weil sie wirklich keine Lust darauf hatten, dazusitzen und zu reden – und es passiert nichts. Wie war das denn bei dir?

Herr **Nils Kreß** (Kongress der Kinderrechte): Wenn wir uns treffen, ist es schon so, dass wir viele Sachen planen – aber nicht nur. Wir machen auch andere Sachen, z. B. basteln wir ein Fahrrad, das wir bunt anmalen und hinten platzieren wir ein Schild „Kinder- und Jugendbeirat Ahrensburg“. Das Fahrrad stellen wir immer an unterschiedlichen Plätzen in der Stadt ab. Das Fahrrad sieht lustig aus und das schauen sich die Leute an und sehen das Schild. So werben wir immer weiter. Als wir am Anfang nur viele Sachen geplant haben, war es schon so, dass einige wieder aufgehört haben. Aber dadurch, dass wir uns auch für neue Werbung engagiert haben, sind immer wieder welche dazu gekommen – es ist ein Kommen und Gehen. Ich und noch zwei andere sind diejenigen, die jetzt lange mit dabei sind. Es kommen ständig neue Leute dazu.

Abg. **Diana Golze** (DIE LINKE.): Ich habe gerade im Internet nach Ihrer „Statt-Aktie“, Herr Krüger, geschaut. Ich habe noch keine Homepage einer Stadt gesehen, auf der man auf den Umstand der sogenannten freiwilligen Leistungen hingewiesen hat. Alle versuchen darzustellen, was sie Schönes an Musikschule, Bibliothek etc. anbieten können, aber keiner sagt, wie schwer es eigentlich ist, solche Angebote vorzuhalten. Dazu gehören selbstverständlich auch Angebote für Kinder und Jugendliche, gerade diese sind ja stark betroffen. Deshalb hat es mich gereizt, mal nachzuschauen, was Sie da machen. Sie sagten ja vorhin, dass das auch ein Stück weit mit diesem

Projekt gewachsen ist. Wenn wir darüber nachdenken, zu diesem Thema eine Stellungnahme zu erarbeiten, könnte man das als ein best-practice-Projekt darstellen. Es gehört zu den Beispielen, wie man aufgrund eines speziellen Themas einen Prozess auslösen und etwas bewegen kann. Vielleicht haben Sie Interesse, dazu noch ein paar Worte zu sagen.

Herr **Thorsten Krüger** (Bürgermeister Stadt Langen): Als erstes ist wichtig, die Statt-Aktie schreibt sich mit doppel „t“, einem Bindestrich und „Aktie“, damit ist das ein neuer Begriff, weil bei Aktien müssen Sie aufpassen, dass Sie nicht irgendwelche Schwierigkeiten bekommen. Wir haben sie Statt-Aktie genannt, weil es ganz gut passt, verbal könnte man es mit „Stadt“ verwechseln. Wir haben dann gesagt: „Statt einer Aktie geben Sie uns das Geld, wir können das für Sie besser anlegen.“ Zu dem Zeitpunkt, als wir das eingeführt haben, war die große Bankenkrise. Ich hoffe, es ist kein Banker da und nimmt mir das übel, ich habe dann einfach gesagt: „Wir können Ihr Geld genauso gut versauen, nur bei uns lächeln wir schöner.“ So hat das eigentlich angefangen. Diese Statt-Aktie ist über die ganzen Jahre mit gewachsen, weil wir ja das Problem – das Sie angesprochen haben – mit den freiwilligen Leistungen hatten. Man hört immer, das geht nicht, man darf soundsoviel Prozent und dann wurde gefeilscht. Wovon denn soundsoviel Prozent: Von den Ausgaben inklusive der Schulden oder von den Einnahmen abzüglich der Abschreibung? Um all diese Sachen wurde dann gefeilscht. Wenn wir gerechnet haben, dann haben wir natürlich immer höher gerechnet und wenn unsere Kontrollinstrumente gerechnet haben, dann wurde es immer weniger. Wir haben dann gesagt: „Wir sollen viele Aufgaben erfüllen, wir sollen die Erlebniswelt einer Kommune gestalten – am besten mit Null Euro. Das funktioniert nicht.“ Man kann sich nicht immer darauf verlassen, dass von anderen etwas kommt. Also mussten wir uns überlegen, wie wir vor Ort auch für uns sorgen können. Wir haben viele Fördertöpfe angezapft, wir haben uns am Zukunftsvertrag Niedersachsens beteiligt. Insgesamt haben wir fast 50 Millionen an Fördermitteln über Entschuldungsfonds, über Förderung, über Konjunkturpakete usw. geholt. Danach haben wir gesagt: Jetzt haben wir sozusagen die Hardware, die wir brauchen, aber auch etwas, was das belebt. Die Musikschule ist zum Beispiel eine freiwillige Leistung. Also sind wir dahin gekommen und haben uns gesagt, wir machen eine „Statt-Aktie“ mit richtiger Aktionärsversammlung. Diese haben wir

dann verkauft. Im ersten Jahr konnten wir über knapp 10.000 Euro einnehmen, im zweiten Jahr dann 5.000 Euro. In diesem Jahr gibt es im nächsten Monat eine große Aktion, um wieder zu verkaufen. Das ist natürlich immer ein Rauf und Runter. Aber wir entscheiden dann zusammen mit den Aktionären, an welche der freiwilligen Leistungen das Geld geht. Das Geld, das wir bisher eingenommen haben, ging an die Musikschule und an die Bücherei sowie an Sportvereine. Für 2012 werden wir das noch festlegen. Dann treffen wir uns bei uns in einem Saal, laden alle ein, es gibt eine richtige Aktionärsversammlung, wie man das kennt. Dort zeigen wir mit Kurven unsere Einnahmesituation und was wir noch brauchen – und schließen dann alle Türen ab, damit sie noch eine neue Aktie kaufen. Es hat sich auch ein sehr gutes Team entwickelt. Wir haben mittlerweile über 400 Menschen, die mitgemacht haben. Bei der Erstaussgabe stand ein Mann vor dem Rathaus und sagte: „Ich hätte mir nie im Leben träumen lassen, dass ich mich anstelle, um dem Rathaus freiwillig Geld zu geben.“ Das ist eine Sache, bei der natürlich auch andere lustige Dinge passiert sind. Da ist jemand mit 10.000 Euro gekommen und hat gefragt: „Wo kann ich die Aktien kaufen?“ Nachdem wir ihm erzählt haben, worum es geht, wollte er dann doch nicht kaufen. Das kann ich auch nachvollziehen.

Spielleitplanung ist ein Baustein, zu dem viele Sachen gehören: Was haben wir in punkto Demografie gemacht? Was haben wir z. B. in punkto Energie gemacht? Auch solche Dinge haben sich daraus entwickelt. Wir haben nämlich festgestellt, dass die Spielplätze und die Wege dorthin nicht gut beleuchtet sind. Also haben wir angefangen, über unsere Straßenbeleuchtung nachzudenken. Heute haben wir die einzige Straßenbeleuchtung der Welt, die komplett in LED umgestellt ist. Es ist schön, dass wir hier sitzen – aber ganz ehrlich, ich würde Sie lieber einladen, sich das vor Ort anzuschauen, weil ich die Bausteine gar nicht alle beschreiben kann, denn es gehört so vieles dazu. Das bin ja nicht nur ich, da gehören viele Leute dazu, die Ihnen dann auch erzählen könnten, warum sie mitgemacht haben. Das ist wesentlich authentischer, als es aus dritter Hand zu hören. Wenn Sie sehen, wie es lebt, es hat sich eine Menge getan. Ich kann Ihnen sagen, wir sind 2018 unsere Kassenkredite los. Die Bevölkerung ist mitgegangen, eine Fusion zu machen. Was?

Unverständlicher Zwischenruf

Ja, aber die Bevölkerung muss ja mitgehen. Sie müssen ja auch die Menschen dabei haben. Genau. Das ist nämlich das, was so nebenbei entsteht: diese Softdinge – nämlich dass die Bevölkerung mit uns spricht und dass wir ihr erklären können, warum diese Punkte so sind, warum wir diese Einschnitte vornehmen und warum wir diese Veränderungen durchführen. Daher sind solche Dinge wie Stadt-Aktie und Bürgerfonds ein ganz großes Plus, das sich daraus entwickelt hat. Ich sage, die Spielleitplanung ist einer der Startbausteine dabei gewesen.

Vorsitzende: Herzlichen Dank, Herr Krüger. Ich finde das schon sehr innovativ bei 20.000 Einwohnern. Ich komme aus einer Kommune, die doppelt so groß ist und auch sehr aktiv ist, aber das eine oder andere vielleicht noch auf den Weg bringen könnte. Ich habe eine Frage an Frau von der Haar: Wie können wir Kinder- und Jugendlichenbeteiligung als fachlichen Bestandteil von Stadtplanung dauerhaft verankern? Wie gehen wir da vor? Wir haben vor Ort auch die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, aber wenn die Ämter nicht so mitspielen und das ab und zu vergessen, dann passiert das mal, aber weniger. Aber ich möchte schon eine dauerhafte Beteiligung. Sie hatten das schon angedeutet, aber vielleicht könnten Sie das noch einmal plakativ darstellen.

Frau **Dr. Regine von der Haar** (GALK e. V., Arbeitskreis „Spielen in der Stadt“): Grundsätzlich ist es so, dass die Flächen für Jugendliche festgelegt werden können, sie sind aber nicht zwangsläufig festzulegen. Das heißt, in einem Bebauungsplan sollten von vornherein entsprechende Flächen angedacht werden, auf denen irgendetwas passieren kann, also Freiflächen im Sinne eines Grünflächenplans. Sehr schwierig wäre es, wenn man sagt, an dieser Stelle setze ich jetzt das Kreuz für Jugendliche. Das wird in der Regel nicht so passieren. Wenn man eine Spielleitplanung hat, dann ist man schon sehr viel weiter. Wenn man von Grund auf arbeiten muss, muss man zunächst – sofern die Grundlagen, diese Daten nicht vorliegen – prüfen, ob es in diesem Fall Jugendliche gibt, die man in kurzer Zeit erreichen kann. Wenn nicht, sollte man zunächst überhaupt Flächen sinnvoll festlegen. Ich weiß, das hört sich sehr rudimentär an. Dann muss man natürlich in den Kommunen arbeiten. Das fängt beim Kopf an. Was sagte jemand gerade zu mir: „Der Fisch fängt vom Kopf an zu stinken.“ Herr Krüger ist natürlich der Kopf – diese Kommune hat

es leicht. In anderen Kommunen ist es vielleicht nicht so, dass der Bürgermeister und der Rat das mittragen. Das heißt, es muss von den Politikern sehr stark eingefordert werden, es muss von der Verwaltungsspitze immer wieder eingefordert werden. Wenn das nicht kommt, dann wird es sich in der Verwaltung auch nicht durchsetzen. Dann kann es engagierte Menschen wie Herrn Jacobs geben, aber wenn Herr Jacobs beispielsweise nicht mehr da ist, dann weiß man nicht, ob das so weiter geht. Wenn Herr Pols sagt, er kommt aus Lüneburg – Sie haben über etliche Jahre den besten Grünflächenamtsleiter gehabt. Herr Wittmoser war einfach ein völlig integerer Grünflächenamtsleiter, der sich diesem Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit ganzem Herzen verschrieben hat. Ich habe aber vor zwei Wochen mit ihm telefoniert und er war sehr frustriert. Er sagte: „Ich bin nicht mehr da und es ist alles geändert worden, die Strukturen sind zerschlagen worden und deshalb ist es bei uns nicht mehr so.“ Ich weiß es aus meiner Erfahrung – ich sitze hier und vertrete die Gartenamtsleiterkonferenz und habe aber seit etlichen Jahren in der Verwaltung damit überhaupt nichts mehr zu tun. Das heißt also, ich mache Stadtmarketing.

Unverständlicher Zwischenruf

Genau. Das ist ja nicht die einzige Kommune gewesen. Früher gab es Ämter, die sich diesem Thema verschrieben haben. Es gab die klassischen Jugendämter, die es meistens sogar noch gibt. Die Grünflächenämter waren immer ein starker Gegenpol gegen diejenigen, die bauen wollten. Das heißt, sie haben immer gesagt, ihr könnt gerne bauen, aber ihr könnt nur bauen, wenn ihr auch das und das macht. Sie waren auch immer ein starker Partner für die Jugendämter. In vielen Kommunen, gerade auch in kleineren Kommunen sind diese Strukturen zerschlagen worden – da macht der Bauhof was, der macht die Prüfung von Kinderspielplätzen; dann gibt es die Gebäudewirtschaft, die sich um die Kindertagesstätten und die Schulaußenanlagen kümmert. Dann gibt es die Stadtplanung, die machen irgendetwas und dann gibt es vielleicht noch eine Instanz, die irgendetwas macht – aber zusammengeführt werden kann es nur von oben. Das heißt, der Bürgermeister bzw. der Rat sind diejenigen, die derzeit daran denken müssen, weil – das hat Herr Krüger auch schon sehr sensibel gesagt – die Kollegen unten in der Hierarchie, die arbeiten nur noch, die sind randvoll zu. Denn die Aufgaben werden immer mehr, das Niveau wird immer höher und

das Anspruchsdenken wird zurecht immer ausgeprägter, weil wir einfach immer mehr können – aber das Personal dafür wird auf diesem Sektor normalerweise nicht gestellt. Wir fangen wieder dort an, wo wir vielleicht vor 20 oder 30 Jahren bereits waren – das muss man ganz ehrlich sagen. Partizipation ist ein Thema gewesen. Herr Wittenmoser hat das damals in der öffentlichen Verwaltung vorangetrieben. Ein toller Mann, der 25 Jahre seines Lebens dafür investiert hat und heute ist Partizipation in vielen Kommunen ein absolutes Fremdwort. Es gibt auch kaum noch Fortbildungen dafür. Vor 10, 15 Jahren gab es beim Deutschen Kinderhilfswerk eine ganze Reihe Fortbildungen, in denen Zukunftswerkstätten usw. gelehrt wurden. Das ist völlig zurückgefahren worden, dafür wird kein Geld mehr ausgegeben. Es gibt also sehr viel zu tun.

Vorsitzende: Da gebe ich Ihnen recht, Partizipation an sich ist eine Notwendigkeit. Ich sage auch immer wieder, dass wir gerade aufgrund des demografischen Wandels bei jeder Stadtplanung miteinander – Jung und Alt – im Gespräch sein müssen; aber es ist schwer, dies in die Köpfe hineinzubringen. Herr Jacobs, Sie wollten noch.

Herr **Bernd Jacobs** (Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover): Sie sagten gerade, es wird kein Geld in die Hand genommen. Ich hatte Ende Februar eine Delegation aus Hamburg-Altona da, die fachbereichsübergreifend eine Fortbildung gemacht hat – Jugendbeteiligung mit Stadtplanung, Jugendamtseinrichtungen usw. Diese Gruppe hat sich die Projekte in Hannover, die wir jetzt mittlerweile planen, angeschaut und war ganz begeistert. Ich hoffe, dass wenn ich nicht mehr da sein werde – ich habe noch ein paar Jahre vor mir –, wir dann Strukturen etabliert haben, in denen es selbstverständlich ist, mit Jugendlichen zu arbeiten. Durch den Aktionsfonds des Ministeriums haben wir Experten generiert, die jetzt bei neueren Planungen immer zu Rate gezogen werden. In Hannover haben wir die Problematik gehabt, dass ein neuer Platz im Innenstadtbereich – der Rathenauplatz neben der Oper – gebaut wurde und jugendliche Skater gesagt haben: „Toll, die haben einen Platz für uns gebaut, tolle Kanten, da können wir grinden usw.“ Nach kurzer Zeit wurde dann wieder gesagt: „Nee, so haben wir uns das nicht gedacht und wir gucken jetzt mal, was wir damit machen.“ Alle Dezernate waren aufgefordert, sich alle innenstadtnahen Plätze anzuschauen und zu bewerten, wie sie für

Skater geeignet sind. Ich habe das für unseren Fachbereich gemacht und gesagt: „Nagut, fast alle Plätze sind geeignet, das Lärmproblem wird immer auftreten. Den Steintorplatz können wir nicht nehmen, da gibt es Kopfsteinpflaster, aber ansonsten muss man über alles nachdenken.“ Das Grünflächenamt hat gesagt: „Die Plätze können wir nicht nehmen, da sind Baumscheiben, da könnte etwas kaputt gehen und an anderen Plätzen ist es mit der Verkehrssicherungspflicht schlecht usw.“ Alle anderen Dezernate haben dann gesagt: „Der Platz am Steintor geht, der ist ein bisschen tiefer und hat keine Bäume usw.“ Was sie nicht bedacht haben, ist, dass man wegen des Kopfsteinpflasters an der Stelle nichts machen kann. Wir haben uns mittlerweile auf einen Platz geeinigt. Das ist jetzt eineinhalb Jahre her. Wir haben gesagt, wir haben jugendliche Skater und Inliner, zu denen wir durch das Bundesprojekt Kontakt haben, die sollen beteiligt werden. Ich habe eingangs in meinem Referat gesagt, Beteiligung wird in den Fachämtern unterschiedlich gesehen. Es ist dann so abgelaufen, dass die Jugendlichen einmal gefragt worden sind. Dann haben Stadtplaner und Grünflächenamt den Katalog aufgemacht und haben etwas geplant, vorgestellt und glücklicherweise hat unser Oberbürgermeister gesagt: „So wollen wir das nicht mehr.“ Es ist also mittlerweile wieder in die Federführung unseres Fachbereiches gegangen und wir haben gemeinsam eine Arbeitsgruppe gegründet. Es hat sehr viele Gespräche mit Jugendlichen darüber gegeben, was sie wollen. Man hat wirklich verstanden, was sie wollen. Die Planung für den Platz, der jetzt im Augenblick im Bau ist, liegt – glaube ich – 30.000 Euro unter der veranschlagten Summe. Die Jugendlichen bauen mit und es ist ein Platz, der passgenau ist und alle bekommen positive Rückmeldungen. Ich hoffe, dass in Zukunft, wenn solche Sachen wieder auftreten, es selbstverständlich ist, so zu planen. Das ist das Ziel, deshalb haben wir diese Konzeptstudie auch angeschoben, damit es eine Selbstverständlichkeit wird. Dann braucht's nicht mehr meiner Person, denn dann wird generell so geplant.

Vorsitzende: Das ist ja zumindest in die Zukunft geschaut ein positiver Aspekt. Frau Golze hatte noch eine Frage und dann gebe ich an die Häuser weiter.

Abg. **Diana Golze** (DIE LINKE.): Ich wollte sagen, dass das ein sehr schöner Übergang zum Thema Partizipation ist, weil es eines der nächsten Themen in der Kinderkommission sein wird. Wir werden das Thema Beteiligung als einen Schwer-

punkt haben. Ich will der Kinderkommission vorschlagen, dass wir eine Anhörung zu der Frage: „Was ist eine kindgerechte Kommune?“ durchführen. Ich glaube, das könnte einer der Punkte sein, woran man eine kindgerechte Kommune erkennt – nämlich dass man die Kinder und Jugendlichen gerade bei solchen Fragen beteiligt. Das wollte ich dazu sagen. An Herrn Jacobs wollte ich noch eine kurze Frage richten, und zwar: Diese Plätze, diese Orte, die Sie uns gezeigt haben, die jetzt neu oder umgestaltet worden sind, waren das die Orte, wo sich die Kinder und Jugendlichen schon vorher aufgehalten haben oder haben Sie mit denen gemeinsam neue Plätze erobert? Das würde mich interessieren, weil Frau Dr. von der Haar hat ja auch gesagt, die Jugendlichen suchen sich oder besetzen Plätze, die wir ihnen eigentlich gar nicht geben wollen.

Herr **Bernd Jacobs** (Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover): Da kann ich Frau Golze nur recht geben. Die Jugendlichen wollen im öffentlichen Raum präsent sein, sie wollen zeigen, was sie können, möglichst innenstadtnah, wo viele Leute sind. Sie brauchen aber auch einen Platz zum Üben, weil sie zunächst üben und wenn sie etwas können, dann zeigen sie das auch ganz gerne. Das ist ja auch beim Theaterspielen oder bei anderen Sachen so – man übt und dann legt man los. Deshalb geben wir Jugendlichen die Möglichkeit, auch mit ihren temporären Objekten, die sie gebaut haben, weiterhin im öffentlichen Raum sehr präsent tätig zu sein. Das kann natürlich nicht immer gehen, aber mittlerweile haben wir zusammen mit dem Fachbereich Sport- und Eventmanagement auch eine Genehmigungsstruktur entwickelt, damit das unproblematisch abläuft. Die Jugendlichen sagen: „Wir wollen jetzt am Wochenende unsere Rampen auf den und den Platz stellen, geht das?“ Dann bekommen sie eine Genehmigung und können das machen. Darüber hinaus gibt es diesen Skaterplatz, den sie sich selbst gebaut und gestaltet haben, auf dem sie üben; aber es ist nicht zu vermeiden – gerade weil diese Szene keine homogene Gruppe ist –, dass sie auch weiterhin an öffentlichen Plätzen tätig sind. Da schauen wir aber, dass es für die Genehmigung ein Wohlwollen gibt. Im Gegenzug nutzen wir die Vernetzungsstruktur unter den Jugendlichen, damit sie untereinander kommunizieren, dass einige Plätze ausgenommen werden, weil sie sehr sensibel sind, wo es wirklich berechtigte Probleme mit dem Lärm gibt. Das wird dann in den Netzwerken der Jugendlichen kommuniziert: „Die Stadt macht mittler-

weile eine ganze Menge für uns, wir dürfen an vielen öffentlichen Plätzen aktiv sein – bitte lasst diesen Platz außen vor.“ Auf dem Platz im Innenstadtbereich, dem Rathenauplatz, den ich gerade beschrieben habe, gibt es keine Skater und BMXer mehr, sie haben mittlerweile andere Flächen, die sie bespielen können. Sie gehen da nicht mehr hin, sie haben das akzeptiert und so hat jeder etwas davon. Wir müssen den Platz nicht andauernd restaurieren und die Jugendlichen bekommen Plätze, an denen sie aktiv sein können. Manchmal braucht es gar keine Aufbauten, um aktiv zu sein. Wir hatten jetzt eine Gruppe jugendlicher Tänzer, die im öffentlichen Raum mit Ghettoblaster unterwegs sind und die einen Platz suchten, auf dem sie einmal in der Woche legal im öffentlichen Raum tanzen können. Sie wollten das sehr innenstadtnah haben und sind immer vertrieben worden. Sie wollten das dann ganz offiziell vor dem Bahnhof machen. Die Bahn hat „nein“ gesagt und an einen anderen Platz durften sie auch nicht. Sie haben sich dann an die Stadt gewandt und wollten vor die Oper. Da hat die Stadt ebenfalls „nein“ gesagt. Dann haben sie sich an die Presse gewandt und haben gesagt: „Nirgendwo dürfen wir tanzen, wir wollen nichts Böses, wir nehmen keine Drogen, wir trinken keinen Alkohol, wir rauchen nicht – wir wollen einfach mal einmal in der Woche nachmittags tanzen.“ Im Prinzip ist das mittlerweile in der Stadtverwaltung so präsent, dass es dort auch Leute gibt, die sich um Jugendliche im öffentlichen Raum, um das Projekt „Jugend bewegt Stadt“ kümmern. Mittlerweile haben wir mit der Stadtverwaltung gesprochen und es gibt innenstadtnahe drei Plätze, auf denen sie einmal in der Woche tanzen können. Die Musik ist so, dass man sie außerhalb von 20 Metern nicht mehr hört. Die Stadt wird dadurch bunter, die Leute bleiben stehen und schauen sich das an. Die Jugendlichen haben einen Schein, dass sie es dürfen – die Polizei und alle wissen Bescheid. So ist eigentlich ein sehr gutes Miteinander zustande gekommen. Das Wichtige ist, dass man zuhören muss, was die Jugendlichen eigentlich wollen. Wenn man ihnen verständlich macht, dass eine Sache nicht geht, dann haben sie gleich eine Idee für etwas anderes. Bei den Jugendlichen gibt es eine unwahrscheinliche Kreativität und Flexibilität, da findet man eigentlich relativ schnell eine Lösung, wenn man weiß und genau zuhört, was sie eigentlich wollen.

Vorsitzende: Dankeschön, Herr Jacobs, für Ihre Ausführungen. Jetzt gebe ich weiter an die zwei Damen.

Frau **Stephanie Haury** (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung): Danke schön, Frau Vorsitzende. Ich möchte zwei Dinge zu unserem Forschungsfeld, also zunächst zum Rahmen, sagen: Wir betreuen im Auftrag des BMVBS ein Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“. Dazu haben wir schon etwas von Herrn Jacobs zu dem tollen Hannover Projekt gehört. Wir untersuchen in diesem Forschungsfeld einerseits Beteiligungsformate, aber auch genau das, was Sie, Frau von der Haar, so schön provokant dargestellt haben – das entspricht zu 99 Prozent dem, was wir im Forschungsfeld auch denken und an dem wir auch dran sind. Wir vertreten ebenfalls die Hypothese – das ist ja auch schon aufgetaucht –, dass wenn man Jugendliche beteiligt, es nicht nur um das Abfragen von Wünschen geht, sondern darum, dass die Jugendlichen die Projekte selbst initiieren, ausgestalten und auch eigenverantwortlich umsetzen. Wenn Sie in Ihrer nächsten Sitzung über die Beteiligung sprechen, dann ist mir sehr wichtig, noch einmal zu betonen – was auch Frau von der Haar in ihrem Vortrag anfangs erwähnt hat: Man muss wirklich zwischen der Beteiligung von Kindern und der Beteiligung von Jugendlichen unterscheiden. Dieses sehr schöne Projekt aus Langen, die Spielleitplanung mit Herrn Apel als Spielleitplanungs-Papst aus Deutschland, ist ein etabliertes Instrument, das sehr gut funktioniert – aber auch nur bis zu einer gewissen Altersgruppe. Jugendliche, die älter sind, lassen sich nicht mehr mit Stadtteildetektiven durch die Städte locken, sondern die wollen ihre eigenen Interessen umsetzen. Das gilt auch für diese Reibereien und Bedürfnisse – die Sie erwähnt haben –, sich irgendwo auszuleben und sich auch mit der Stadt anzulegen. Als erstes ist wichtig, dass wir wirklich unterscheiden müssen, denn wir haben eigentlich zwei unterschiedliche Gruppen, mit denen wir unterschiedlich umgehen müssen. Der zweite Punkt ist – das kam eigentlich auch schon auf, aber ich möchte es nochmal zusammenbringen –, dass es zwei Arten von Flächen gibt. Zum einen gibt es eine Fläche – wie Sie sie dargestellt haben – als Ballspielplatz oder jetzt als Bolzplatz, der nach DIN 18 034 ...

Unverständlicher Zwischenruf

... zur Verfügung gestellt werden muss, weil Jugendliche auch feste Einrichtungen brauchen. Aber wir im Forschungsfeld untersuchen vorwiegend diese Flächen, die

Sie – Frau von der Haar – dargestellt haben, diese Transitorte, Nischen, Brachflächen und Resträume, die sich Jugendliche aneignen, weil sie einfach das Bedürfnis nach Flächen haben und jetzt nicht auf die Flächen zugreifen, die ihnen die Stadt zur Verfügung stellt. Es ist die große Frage, wie die Städte damit umgehen. Wir haben im Forschungsfeld verschiedenste Experimente und Projekte durchgeführt, bei denen wir gesehen haben, dass es eigentlich nur um ein Aushandeln geht. Es geht eigentlich um eine Anerkennung seitens der Stadtverwaltung, dass Jugendliche Anspruch auf solche Flächen haben und dass es manchmal nur einer Nutzungsgenehmigung oder einer Aushandlung bedarf, wenn Jugendliche eine U-Bahn-Haltestelle als Tanzfläche haben wollen – Beispiel Frankfurt. Da gibt es Aushandlungen zwischen den Verkehrsbetrieben und der Stadt, dass die Jugendlichen in der U-Bahn-Haltestelle drei bis vier Stunden pro Tag tanzen dürfen. Es geht um eine Erlaubnis, dass Skater teilweise diese Flächen auch mal benutzen dürfen. Dann gibt es Zeiten – wie z. B. in Köln, wenn die Oper ihre Vorstellung hat –, in denen die Skater auch verschwinden müssen. Ich will damit sagen, es gibt zwei Dinge: Das eine ist, dass man solche Flächen zur Verfügung stellt und das andere ist die Öffnung der Stadtverwaltung. Da geht es nicht nur um Jugendämter, sondern – wie Sie eben schon gesagt haben – dies ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Planung, Grünflächen-, Bau- und Jugendamt usw., die von oben eine Absichtserklärung geben müssen, wir wollen Jugendliche in den Städten haben, weil wir familiengerechte Städte haben wollen. Familiengerechte Städte heißt, wir wollen das zulassen, wir wollen sie nicht vertreiben, wir wollen auch nicht alle Jugendliche einen Kilometer vor die Türen der Stadt transportieren und sagen, jetzt haben wir Räumlichkeiten hergestellt, sondern wir müssen dies in den Innenstädten unserer Städte zulassen. Jetzt meine Frage an Sie: Sie haben sehr schön erläutert, dass Jugendliche diese Reibereien und Konflikte suchen. Wie ist es jetzt eigentlich mit Projekten, wenn eine Stadt auf Jugendliche zugeht und sagt, ihr kriegt eine Nutzungsgenehmigung, ihr dürft diese Flächen nutzen. Vertreten Sie dann die These, dass die Jugendlichen als Stadtnomaden weiterziehen und sich neue Flächen suchen, wo sie Reibereien finden? Oder denken Sie tatsächlich, dass man eine Gruppe auch befriedigen kann, indem die Stadtplaner nicht nur langfristig denken, sondern auch kurzfristig auf die Jugendlichen zugehen und sagen, wir regeln das, wir wollen euch hier in den Städten haben, wir geben euch diese Fläche. Ich würde einfach gern wissen, welche Zukunftsvisionen Sie ha-

ben? Sind das immer Nomaden, die neue Reibereien suchen oder kann man die auch befriedigen, indem man eine gemeinsame Lösung findet?

Frau **Dr. Regine von der Haar** (GALK e. V., Arbeitskreis „Spielen in der Stadt“):
Antwort: Ja – beides, das ist das Problem oder – nein, es ist nicht ein Problem, sondern das ist das, mit dem wir uns in irgendeiner Form arrangieren müssen. Wir haben auf der einen Seite die Jugendlichen, die sich freuen, dass sie an diesem Platz sein dürfen. Es gibt natürlich auch die anderen, denen diese Nutzung vielleicht nicht mehr entgegen kommt, die dann sagen: „Nö, ich bin jetzt älter geworden, ich brauche jetzt etwas anderes, ich gehe und suche mir eine neue Fläche, wo ich mich anders reiben kann.“ Dieser Inhomogenität stehen wir gerade in dieser Altersgruppe gegenüber. Wir haben teilweise 13-, 14-Jährige, die sind vielleicht noch stabiler. Wir haben dann aber die 16-, 17-Jährigen, die in den Beruf gehen und deren Leben sich völlig ändert – zeitlich ändert, Bedürfnisse ändern sich – und diese werden wir eventuell dann nicht mit einer Sache befriedigen können, sondern dann kommt wieder das nächste. Das ist aber nicht schlimm, es ist nur einfach schwierig für eine Kommune, weil sie denkt: „Jetzt habe ich endlich etwas gefunden und dann sind sie wieder da und sagen ...“ Es können auch die gleichen Personen sein – und das nimmt eine Kommune oder ein Mitarbeiter aus einer Kommune eventuell auch sogar persönlich. Ich weiß, dass sich das albern anhört: Aber da hat man zwei Wochen lang mit jemandem verhandelt und ein paar Monate später kommt er an und will etwas ganz anderes – dass das seine Entwicklung ist, wird dann nicht gesehen. Auf der Gegenüberseite sitzt vielleicht immer noch der Gleiche, der sich dann nicht mehr ganz so zufrieden fühlt, mit dem, was er gemacht hat, weil er denkt, dass seine Arbeit umsonst war – war sie nicht, aber das ist für eine Kommune, für jemanden, der da sitzt, manchmal vielleicht schwer zu ertragen.

Vorsitzende: Ganz herzlichen Dank auch Ihnen, Frau von der Haar, für Ihr Statement. Ich möchte erklären, warum ich das Thema aufgegriffen habe. Ich bin auch Kommunalpolitikerin und wir haben gerade in der letzten Legislaturperiode das Augenmerk auf die Kleinsten gerichtet, auf den Ausbau der Kinderbetreuung etc. Sie wissen, Kommunalfinanzen sind eng und der Blick war meiner persönlichen Meinung gar nicht auf die Jugendlichen gerichtet. Was Sie zum Differenzieren sagten, ist

richtig. Ich habe es aufgegriffen, um die Jugendlichen in den Blick zu nehmen. Das wollte ich gerne auch so von Ihnen hören, um einen Input zu bekommen. Ich sehe es an sich auch so, wie Sie sagten: Wir haben eine Skaterfläche, wir haben wirklich vor Ort viele tolle Sachen gemacht, auch für Kleinkinder, wir haben die Beteiligung auch bei Spielplätzen hinbekommen und für Jugendliche haben wir auch eine Skateranlage, aber diese ist etwas außerhalb der Stadt, wo das Sportzentrum ist – also das kann man auch begründen. Aber wir hatten auch die Problematik, dass die Skater auf der Treppe vor unserem Veranstaltungszentrum fuhr und dass sich darüber die Älteren wieder beschwerten. Ich denke schon, dass in einer Stadt beides möglich sein muss. Wie Sie es eben sagten, dass man auch Räume für einen bestimmten Zeitraum öffnen muss. Ich denke, wenn Alt und Jung miteinander im Gespräch sind, also partizipieren, dann kommt es gar nicht zu den Konflikten. Aber das ist auch Aufgabe einer Kommune, gerade auch wenn man umgestaltet – wir gestalten zur Zeit unsere Fußgängerzone um –, dass dann wirklich Partizipation im Vorfeld nicht nur durch Eingaben, so wie es die Bauplanung vorsieht, sondern durch Gesprächskreise im Vorfeld stattfinden muss. So stelle ich es mir vor, weil dann kommt es gar nicht zu den Eskalationen, zumindest nicht in dem Maße. Die Veränderung, die Sie ansprechen, ist ja auch immer da.

Wir sind leider mit der Zeit schon etwas fortgeschritten. Trotzdem gebe ich Ihnen noch die Möglichkeit zu einem kurzen Schlusswort, auch gerade an dich, Nils, damit du vielleicht sagst, welche Erwartungen du an die Politik hast, was du dir wünschst. Wir können nicht alles erfüllen, aber wir können es gedanklich mitnehmen und dann vielleicht in unsere Empfehlungen mit einbringen.

Frau Dr. Regine von der Haar (GALK e. V., Arbeitskreis „Spielen in der Stadt“): Mein Wunsch wäre, wenn ich jetzt ganz frei wünschen dürfte – und ich glaube, da habe ich auch viele Befürworter –, dass die Politiker mutiger werden. Sie haben das eben gerade geschildert, es gibt immer Beschwerden. Wir haben Wahlbeamte, wenn ich so an Bürgermeister in kleineren Kommunen denke. Es fällt natürlich schwer, den Wahlbeamten zu sagen: „Nein, ich möchte das nicht, ich muss mich gegen dich entscheiden.“ Gerade in Niedersachsen ist das insofern schwieriger geworden, als wir jetzt ja nur noch einen hauptamtlichen Verwaltungsbeamten haben. Früher war das einfacher, da hatten wir einen Bürgermeister oder Bürgermeisterin und den

Stadtdirektor und die haben sich das trefflich geteilt. Der eine hat in der Verwaltung für Ruhe gesorgt und der andere hat die Politik befriedigt. Heute muss das einer machen – das ist ein Spagat. Aber dennoch würde ich mir wünschen, dass da ein deutlicheres Statement kommt, das dann auch vollzogen wird. Also nicht nur sagen: „Natürlich wollen wir familienfreundlich sein und natürlich habe ich überhaupt nichts gegen Jugendliche“; aber wenn dann der Opa Heinz kommt, den man schon lange kennt, und der sagt: „Mein Junge, da sind immer diese Skater und die sind immer so furchtbar laut“, dann wird gesagt: „Ja Mensch, ich mache da was!“ Und da wird dann auch etwas gemacht! In der Regel ziehen die Jugendlichen in einem solchen Konflikt, zumindest wenn es um politische Dinge geht, bei uns den Kürzeren. Das finde ich sehr, sehr bedauerlich. Sie haben es vorhin schon angesprochen, wir müssen in der Bevölkerung und in der Politik ein besseres Klima schaffen und diese Gruppe auch ernster nehmen. Die Verwaltung tut das, was die Politik möchte, auch wenn die Politik immer meint, sie tut es nicht, aber da sind wir wirklich ganz ergeben. Wenn die Politik uns den Rücken stärkt, also der Verwaltung den Rücken stärkt, würde das sicherlich sehr, sehr deutlich durchgesetzt werden. Ich glaube, Herr Krüger ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass da jemand ist, der einfach sagt: „Ich möchte das und ich stärke meiner Verwaltung insofern auch den Rücken.“

Herr **Thorsten Krüger** (Bürgermeister Stadt Langen): Ich bin für die Eingleisigkeit, weil sie auch viele Vorzüge hat – mal kann man sich als Verwaltungschef, mal als Politiker melden. Ich würde mir wünschen, dass a) Kommunen mehr gehört werden, denn sie sind diejenigen, die vorne stehen und das alles ausbaden oder machen und umsetzen müssen; und dass b) wir alle mal wieder ein bisschen mehr Mut haben, die Ziele, die wir uns setzen, auch zu erreichen, auch wenn es mal ein bisschen schwierig wird. Es wird viel Tolles ausgedacht, das man auch nutzen kann – das müsste man viel stärker mit den Bürgerinnen und Bürgern kommunizieren. Man müsste wirklich die Kommunen vor Ort mehr einbinden. Wenn Sie sich anschauen, wie häufig das vorkommt, dann wissen Sie, dass da ein Nachholbedarf besteht. Das würde ich mir wünschen.

Herr **Nils Kreß** (Kongress der Kinderrechte): Ich würde mir wünschen, dass es in mehr Städten eine Mitgestaltung der Kinder an Spielräumen gibt. Das ist eigentlich

mein Hauptwunsch und dass es noch mehr Möglichkeiten, mehr Freizeiträume für Lückenkinder gibt.

Herr **Bernd Jacobs** (Fachbereich Jugend und Familie der Landeshauptstadt Hannover): Es ist schon vieles gesagt worden – mutiger müssen wir sein, in den Kommunen müssen die Querschnitte gefördert werden. Sie haben das in Ihrer Kommune schon ganz gut hinbekommen, dass Sie Leute an einen Tisch bekommen und dass gemeinsam geplant wird. In Großstädten ist das ein bisschen schwieriger, die Fachämter liegen weiter auseinander und haben wesentlich mehr Beschäftigte – das Umsetzen ist sehr schwierig. Ich würde mir schon wünschen, dass solche Beispiele stärker in den Fokus genommen und gefördert werden. Wenn ich daran denke, wieviele Regeln und DIN-Normen wir zu beachten haben, um irgendeine Kleinigkeit umzusetzen, dann wird das Ganze unwahrscheinlich schwierig. Vielleicht kann man das noch ein bisschen auflösen, denn mittlerweile sind auch die Jugendlichen, mit denen wir zusammen planen, wahre Fachleute der DIN-Normen. Sie beschäftigen sich auch mittlerweile damit. Da ist die Frage, ob es nicht eine Vereinfachung gibt und man nicht auch ein bisschen mutiger und risikobereiter wird. Wenn ich meine Kindheit betrachte – nach heutigen Standards hätte ich sie gar nicht überleben dürfen.

Vorsitzende: Ein sehr gutes Schlusswort. Das ist richtig, die Standards sind manchmal überzogen.

Ihnen allen ganz herzlichen Dank für Ihr Kommen und Ihre wirklich interessanten und wertvollen Beiträge. Wir werden Ihre Anregungen in die Stellungnahme der Kinderkommission zu diesem Themenbereich mit aufnehmen.

Wir kommen jetzt zum zweiten Teil unserer Kinderkommissionssitzung, in dem noch viel Arbeit vor uns liegt. Aber ich möchte doch noch am Ende etwas zitieren, und zwar zum Thema Jugend: „Jugend, wir brauchen viel mehr, wir brauchen die Herausforderung der jungen Generation, sonst würden uns die Füße einschlafen.“ Ich denke, das ist doch etwas, das wir uns alle wirklich zu Herzen nehmen sollten. Dieses Wort stammt von Willy Brandt, einem ehemaligen Kollegen hier im Bundestag aus der SPD-Fraktion. Von der FDP konnte ich kein Zitat liefern, das stört mich

aber auch nicht, sondern ich denke, dieses Zitat bringt es auf den Punkt. Ich wünsche Ihnen ein gutes Heimkommen. Wir machen jetzt weiter. Ganz herzlichen Dank.

Ende der Sitzung: 16.44 Uhr

gez. Nicole Bracht-Bendt, MdB
Vorsitzende